

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 256
mai/juin 2018
50^e année
paraît 6 fois par an

Dialog statt Konfrontation



Die CGFP will die verbleibende Zeit bis zu den Parlamentswahlen dazu nutzen, konkrete Verbesserungen für ihre mehr als 30.000 Mitglieder durchzusetzen. Ein Dringlichkeitstreffen mit Staatsminister Xavier Bettel und zwei weitere fruchtbare Unterredungen mit dem Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, haben ergeben, dass die Regierung und die CGFP sich in der Form nicht einig sind. Inhaltlich scheint jedoch kein unüberwindbarer Graben zu bestehen. In Erwartung positiver Ergebnisse bei den kommenden Gesprächen beschloss der CGFP-Nationalvorstand am 25. April, den Dialog mit der Regierung nicht abreißen zu lassen. Die Gefahr eines Sozialkonfliktes im öffentlichen Dienst ist somit vorerst vom Tisch.

In seiner jüngsten Sitzung hat der CGFP-Nationalvorstand unmissverständlich klargemacht, dass man sich nicht in die Irre führen lasse. Falls keine zeitnahe Einigung mit der Dreierkoalition möglich ist, werde das Gremium nicht zögern, den Druck wieder zu erhöhen und die Schlichtungskommission einzuschalten.

Zu den CGFP-Hauptforderungen gehört die sofortige Abschaffung der überflüssigen 80/80/90-Regelung, die insbesondere den kommenden Generationen zu schaffen macht. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten fordert zudem, dass die Dauer des Praktikums im Prinzip von 3 auf 2 Jahre gekürzt wird. Auch die sektoriellen Probleme, die bei der Umsetzung der Dienstrechtsreform aufgetreten sind, dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Lesen Sie dazu unsere ausführliche Analyse auf Seite 5



Verbesserungen für Staatsbedienstete treten in Kraft

Das Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst, das die CGFP und die Regierung bereits im Dezember 2016 vereinbart hatten, wurde Ende April mit erheblicher und teilweise unverständlicher Verspätung im Parlament verabschiedet. Alle Abgeordneten stimmten dem Text zu. Acht der 24 Maßnahmen, die das Abkommen beinhaltet, sind somit in Gesetzesform gegossen worden. Die Erhöhung des Punktwerts um 1,5 %, das Heraufsetzen der Essenszulage um 34 Euro pro Monat sowie die Anhebung der monatlichen Familienzulage sind die Eckpfeiler der Übereinkunft. Das Abkommen zielt auch darauf ab, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

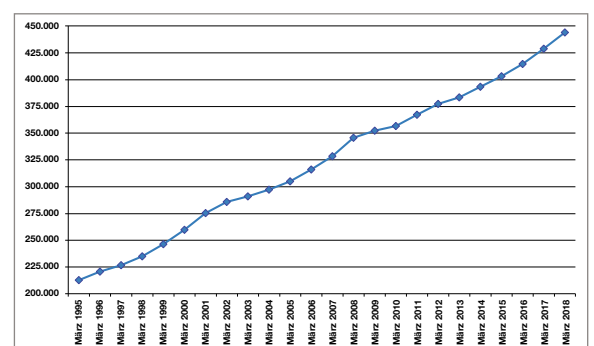
Mehr zu diesem Thema auf Seite 7



CSV rückt nicht von ihrem Standpunkt ab

Zu Jahresbeginn appellierte die CGFP an die Regierung sowie an alle Parteien, schriftlich Stellung zu den strittigen Punkten der statutarischen Reform zu beziehen. Sämtliche Parteien folgten diesem Aufruf, einige von ihnen baten die CGFP um ein Gespräch, so auch die CSV. Mit Bedauern stellt die CGFP fest, dass die CSV nicht von ihrer ursprünglichen Haltung abweichen will. Die Partei will die Anfangsgehälter aus der Privatwirtschaft und die des öffentlichen Dienstes näher aneinander heranzuführen. Nach Darstellung der CSV sei auch die Abschaffung der 80/80/90-Regelung nicht erste Priorität.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 6



Ein Spagat zwischen Wachstum und Lebensqualität

Nachdem die Regierung die magische Zahl des 1,1-Millionen-Einwohnerstaates aufgegriffen hatte, wird die Frage, wie viel Wachstum Luxemburg verkraftet, heiß diskutiert. Sie wird wohl auch im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen. Binnen 50 Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten hierzulande verdreifacht. Tagsüber leben fast 800.000 Menschen in Luxemburg, darunter 200.000 Pendler. Die Politik hat es bislang versäumt, den negativen Folgen des rasanten Wachstums (Verkehrsstaus, explodierende Wohnpreise usw.) rechtzeitig entgegenzusteuern. Damit die Infrastrukturen nicht ewig hinterher hinken, ist ein rasches Handeln erforderlich.

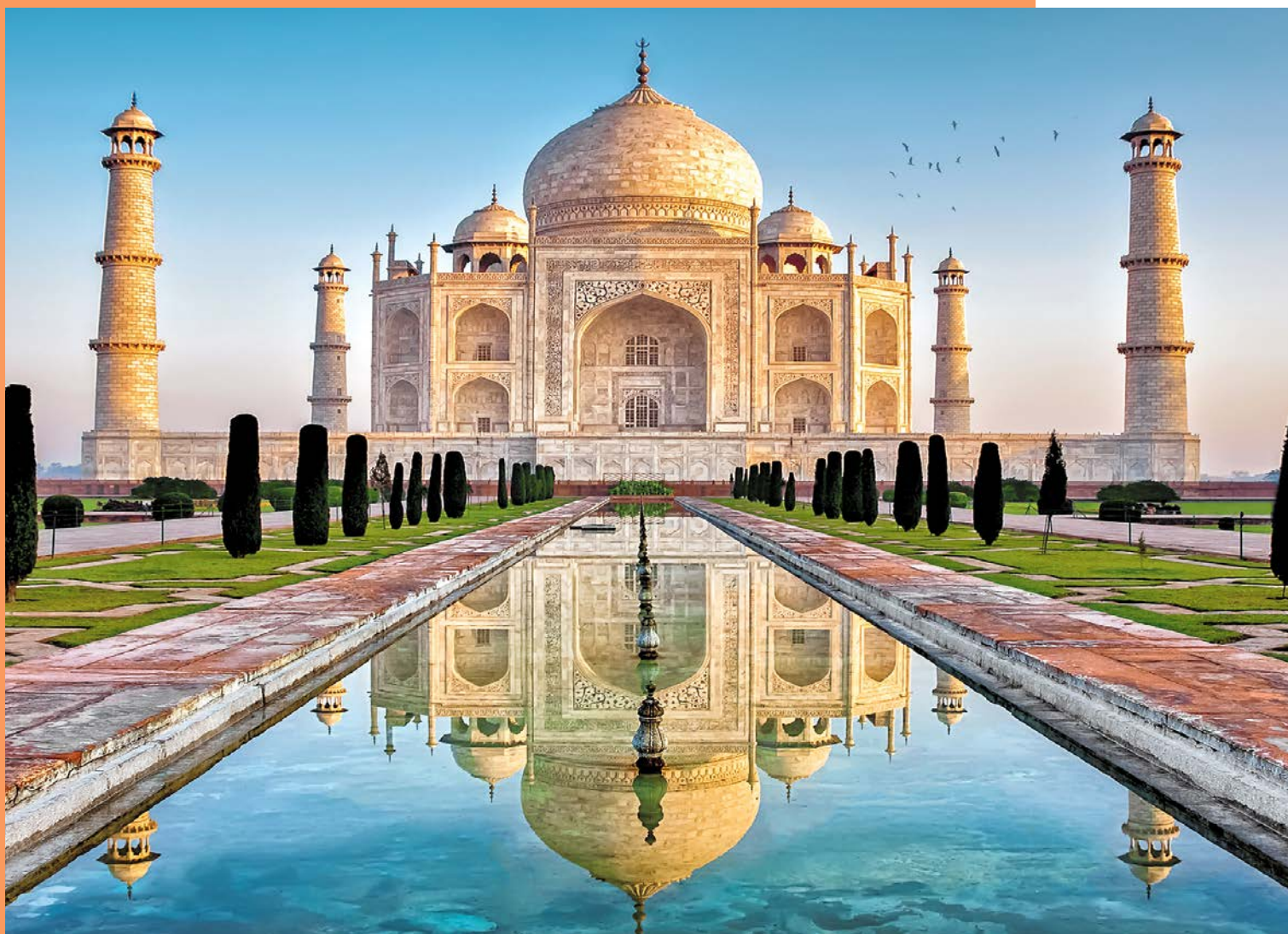
Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 11 und 13

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Editorial

Im Kontext der Rede zur Lage der Nation

Mehr Steuergerechtigkeit – ein Wunschdenken?

Blickt man im Anschluss an die wenig Neues beinhaltende Rede des Staatsministers zur Lage der Nation auf die letzten Jahre politischen Handelns in Luxemburg zurück, dann ist eine tiefgreifende Maßnahme, neben dem klaren Bekenntnis der aktuellen Regierungskoalition zum altbewährten Index-Mechanismus und dem weniger in positiver Erinnerung bleibenden Zukunftspaket (auch „Sparpaket“ genannt), die 2016 vom Parlament verabschiedete und zum 1. Januar 2017 in großen Teilen in Kraft getretene Steuerreform. Diese Reform enthält zweifelsohne kaufkraftstärkende Elemente, und gerade in diesem Punkt ist sie absolut positiv zu bewerten, obwohl sie so manchen Oppositionspolitiker veranlasste, die für natürliche Personen klar mit Nein zu beantwortende Frage zu stellen, ob eine solche Reform denn nicht zu weit ginge.

Auch wenn die Steuerreform sicher nicht in allen Punkten die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, so stellt sie dennoch einen klaren Gegenpol dar zu der nach Ausbruch der von den Privathaushalten nicht verursachten Krise lange Zeit von den europäischen Institutionen vertretenen Sparpolitik, die allen Privathaushalten in Europa, den einen mehr, den anderen weniger, größere Kaufkrafteinbußen, ein niedrigeres Wachstum sowie in einigen Ländern politische Instabilität bescherte.

Schon im Vorfeld der Reform hatte sich die CGFP mit ihren Forderungen zu Wort gemeldet ganz im Sinne größerer Steuergerechtigkeit (soweit es diese überhaupt geben kann). Gerade die Privathaushalte sollten bei dieser Reform deutlich entlastet werden, dies zum Beispiel durch eine Anpassung (die letzte geht auf das Jahr 2009 zurück, als es zu einem 9-prozentigen, teilweisen Schritt in diese Richtung kam) der Steuertabelle an die Inflation, eine Abschaffung der Steuerklasse 1A oder aber durch höhere Freibeträge für all jene, die sich ein Eigentum anschaffen wollen, wohlweisend, dass gerade dies durch die exorbitanten, sich konstant weiter nach oben entwickelnden Preise auf dem hiesigen Wohnungsmarkt nicht nur, aber ganz besonders für junge Menschen, immer mehr ein Ding der Unmöglichkeit wird. Auf der anderen Seite sollte es laut



unserer Forderung auf keinen Fall zu einer Absenkung der Betriebssteuer, ohne die damit einhergehende Verbreiterung der Besteuerungsgrundlage kommen.

Mehr Steuergerechtigkeit bleibt für uns auch in nächster Zukunft ein zentrales Thema, und deshalb treten wir auch weiterhin für eine weitaus deutlichere Steuerentlastung der privaten Haushalte ein, damit die Steuerlast gegenüber Unternehmen wieder gerechter verteilt und das Gleichgewicht wiederhergestellt würde. Aktuell liegt dieses allseits deutlich sichtbare Missverhältnis bei 2/3 (von natürlichen Personen geschulterte Steuerlast) und 1/3 (Unternehmen), wobei ganz eindeutig zu erkennen ist, dass sich dieses Verhältnis weiter zu Gunsten der Betriebe verschiebt.

Die Steuerreform 2017 hält diesen an sie gestellten Anforderungen jedenfalls nicht stand. Auch wenn die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet wurden, so bleibt dennoch klar festzustellen, dass gerade sie, durch die vorausgegangene Mehrwertsteuererhöhung und der den Privathaushalten exklusiv aufgehalsten Haushaltsausgleichsteuer von 0,5%, einen Großteil dieser Steuerreform vorfinanziert haben.

Des Weiteren hätte man sich erwarten können, dass die Steuertabelle noch um einige weitere Tranchen ausgebaut worden wäre, um damit den sogenannten „Mételstandsbockel“ beträchtlicher abzufedern.

Auf gesamteuropäischer Ebene haben die Konsequenzen der Krise hauptsächlich die Arbeitnehmer getroffen, die feststellen mussten, dass ihre Kaufkraft, ihre sozialen Errungenschaften sowie ihre Zukunftsperspektiven dahin schmolzen wie Eis in der Sonne. Gerade nachdem die Privathaushalte 2015 auch in Luxemburg gehörig zur Kasse gebeten wurden, wären im Zuge der Steuerreform weitere Maßnahmen, insbesondere was eine gerechtere Besteuerung des Kapitals gegenüber den Einkünften aus Arbeit anbelangt, dringend erforderlich gewesen. Ausgerechnet in diesem Bereich ist die Reform unzulänglich, hier fehlte es bedauerlicherweise an politischem Mut, ein eindeutiges Zeichen zu setzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die auch zum jetzigen Zeitpunkt noch immer vorteilhafte, viel zu niedrige und aus diesem Grunde ungerechte Besteuerung der „Stock Options“, die zwar in einzelnen politischen Sonntagsreden angeprangert wird, ohne dass daraus konkrete Taten der politisch Verantwortlichen folgen würden.

In Zeiten von verstärktem Betriebssteuerdumping in Europa (und weit darüber hinaus) kann und darf es nicht sein, dass die von Patronatsvertretern in den letzten Koalitionsverhandlungen eingebrachte Schnapsidee der total überflüssigen Einführung von sogenannten „intérêts notionnels“ das Tageslicht wieder erblickt. Dieser Mechanismus, den es in Belgien gibt, und der dort

zu massiven steuerlichen Einbußen führte, geht notgedrungen wieder zu Lasten der steuerzahlenden Privathaushalte.

Wie gesagt: Eine tiefgreifende Reform sieht anders aus, so dass einige beträchtliche Probleme im Steuerbereich auch bis jetzt nicht ausgeräumt werden konnten.

So besteht insbesondere weiterhin großer Handlungsbedarf bei der Steuerklasse 1A, die bei der Steuerreform 1990 eingeführt wurde und in der sich alleinerziehende Elternteile sowie Witwen und Witwer befinden. Entgegen der weit verbreiteten Behauptung, diese Menschen würden doch zu den eigentlichen Gewinnern der Steuerreform gehören, muss, mit Blick auf die Wirklichkeit, dies jedoch sehr stark angezweifelt werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass ganz oft gerade Alleinerziehende dem Armutsrisiko sehr stark ausgesetzt sind, hätten wir uns bei der letzten Steuerreform weitreichendere steuerliche Anpassungen erwartet, und da dies leider nicht geschehen ist, bleibt die CGFP bei ihrer Forderung nach einer sofortigen Abschaffung der anachronistischen Steuerklasse 1A und der Einstufung der Betroffenen in die Steuerklasse 2.

Die Parlamentswahlen stehen vor der Tür, die Wahlprogramme der einzelnen Parteien werden gerade ausgearbeitet. Bleibt zu hoffen, dass im Bereich der Steuerpolitik in Zukunft alles darangesetzt wird, um ein Mehr an Steuergerechtigkeit zu erreichen, insbesondere durch eine ausgewogenere Besteuerung des Kapitals gegenüber den Einkünften aus Arbeit und einer weiteren Entlastung der privaten Haushalte.

Ein klares Bekenntnis zu mehr Steuergerechtigkeit und dies in Zeiten einer guten Finanzsituation des Staates, stünde allen sich zur Wahl stellenden Parteien besonders gut zu Gesicht. Doch: Wer wagt dies in Anbetracht des finanzkräftigen Lobbyismus von Großunternehmen, die ihre eigene Steuerlast tunlichst sehr gering halten wollen?

Auch wenn die Spannung noch etwas bleibt, so dürfte doch eines ganz sicher sein: Ein mehr an Steuergerechtigkeit darf auf keinen Fall ein Wunschdenken bleiben!

Romain Wolff,
CGFP-Nationalpräsident


<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:

www.cgfp.lu


Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis
de la CGFP.



 **Bâloise**
Assurances

En ligne avec vous

Drive

L'assurance AUTO nouvelle génération.

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Sozialkonflikt im öffentlichen Dienst vorerst vom Tisch

CGFP und Regierung setzen auf Dialog

Die Umsetzung bestimmter Punkte der Reform im öffentlichen Dienst stellt die CGFP keineswegs zufrieden. Seit Monaten weist die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten auf die zahlreichen Mängel hin, die in vielen Bereichen zunehmend sichtbarer werden. Vor allem bei der 80/80/90-Regelung sowie bei der „Stage“-Dauer will die CGFP alles daransetzen, schleunigst Verbesserungen im Interesse ihrer mehr als 30.000 Mitglieder zu erzielen. Ob auch die Regierung bereit ist, diesen Weg einzuschlagen, wird sich erst in Kürze zeigen. Andernfalls droht dennoch ein Sozialkonflikt.

Am 28. Februar erhielt die CGFP-Exekutive vom Nationalvorstand den klaren Auftrag, die Regierung dazu zu bewegen, die kommenden Gehälterverhandlungen strikt von den dringend notwendigen Nachbesserungen bei der Dienstrechtsreform zu trennen.

So wurde sie damit beauftragt, ein Dringlichkeitstreffen mit Staatsminister Xavier Bettel zu fordern, um zu sondieren, inwiefern die Regierung bereit sei, auf die Forderungen der CGFP einzugehen. Im CGFP-Nationalvorstand herrschte Einigkeit darüber, dass sich ein Sozialkonflikt im öffentlichen Dienst nur dann vermeiden lasse, wenn sich die Dreierkoalition in wesentlichen Punkten kompromissbereit zeige.

Die Antwort seitens der Regierung erfolgte prompt. Nach dem Ministerrat Anfang März verkündete Staatsminister Xavier Bettel auf die Nachfrage eines Journalisten hin, die Regierung sei erst im Rahmen der nächsten Gehälterverhandlungen gewillt, mögliche Anpassungen bei der Reform des öffentlichen Dienstes ins Auge zu fassen.

Des Weiteren stellte er klar, dass die Koalition nicht die Absicht hätte, das Gehälterabkommen und die sektoriellen Belange voneinander zu trennen, so wie es die CGFP forderte. Diese Kernaussage, die der CGFP auch in schriftlicher Form mitgeteilt wurde, erschwerte eine Kompromisslösung beträchtlich.

Ein Paradigmenwechsel zeichnet sich ab

Für die CGFP, die sich in der Vergangenheit stets als verantwortungsbewusster und zuverlässiger Verhandlungspartner erwies, ist der Gang vor die Schlichtungskommission nur das letzte Mittel, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. In ihrem Bemühen, einen Frontalkurs zu vermeiden, suchte der Dachverband aller öffentlich Bediensteten den Dialog mit dem Regierungschef und rief ihn dazu auf, sich seiner Verantwortung zu stellen.

Auf Druck der CGFP hin erklärten sich Premierminister Xavier Bettel und der Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, zu einem Dringlichkeitstreffen mit der CGFP-Exekutive bereit. Im Laufe dieser Unterredung, die am 26. März im Staatsministerium stattfand,



Der Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch (Mitte) schließt bei den bevorstehenden Gesprächen mit der CGFP keine Tabuthemen aus.

wurde rasch deutlich, dass aufgrund der entgegengesetzten Ansichten nicht mit einem schnellen Durchbruch zu rechnen war.

Staatsminister Bettel ließ durchblicken, dass vor den Parlamentswahlen keine unüberlegten Anpassungen im Hauruckverfahren durchgepeitscht würden. Die Regierung rückte auch nicht von ihrem ursprünglichen Standpunkt ab: Sie blieb der Auffassung, dass mögliche Nachbesserungen der Dienstrechtsreform und ein Gehälterabkommen als ein Ganzes zu betrachten seien. Somit wurde klar, dass die Regierung sich weigern würde, eine Hauptforderung der CGFP zu erfüllen.

Der Premierminister beließ es jedoch nicht dabei und sendete zugleich eine zweite Botschaft. Er verkündete die Absicht der Regierung, den Dialog mit der CGFP aufrechterhalten zu wollen, auch um auszuloten, ob in dieser Legislaturperiode eine Lösung gefunden werden könne, die beide Seiten zufriedenstellt.

Somit zeichnete sich ein Paradigmenwechsel ab: Nachdem die CGFP zuvor monatelang vergeblich versucht hatte, die Regierung an den Verhandlungstisch zu bekommen, zeigte diese sich nun dialogbereit. Die CGFP kam der Aufforderung des Premierministers nach und erklärte sich bereit, den zuständigen Minister Dan Kersch in Kürze zu treffen.

Fast keine inhaltlichen Meinungsunterschiede

Bald folgten konkrete Taten. Noch unmittelbar vor den Osterferien streckten die CGFP-Vertreter und der Minister des öffentlichen Dienstes die Köpfe zusammen, mit dem Ziel, eine schnelle Lösung herbeizuführen.

Diese Unterredung fand am 23. April im Ministerium des öffentlichen Dienstes statt. Sie erweckte bei den CGFP-Verantwortlichen den Eindruck, dass die Lage nicht aussichtslos sei. Sie hatten das Gefühl, dass es Schnittmengen gab, die unter Umständen ausreichen würden, um noch in dieser Legislaturperiode substanzielle Fortschritte zu erzielen.

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte auch Minister Kersch, der den Verlauf der Gespräche treffend auf den Punkt brachte: In der Form wären sich die CGFP und die Regierung zwar nicht einig, inhaltlich würden beide Seiten jedoch gar nicht so weit auseinanderliegen.

Am 25. April tagte der CGFP-Nationalvorstand, um eine Bestandsaufnahme zu machen. Statt auf Konfrontation zu setzen, beschloss das Gremium, ergebnisoffene Gespräche mit dem Minister des öffentlichen Dienstes zu führen. Um das Treffen nicht im Vorfeld unnötig zu belasten, wurde der Entschluss gefasst, vorläufig keine Schlichtungsprozedur in die Wege zu leiten.

Keine Hinhaltetaktik akzeptieren

Die bis zu den Parlamentswahlen im Oktober verbleibenden Monate ungenutzt verstreichen zu lassen, stellt in den Augen des CGFP-Nationalvorstands keine Option dar, da die Probleme, die den öffentlichen Dienst betreffen, nicht auf die lange Bank geschoben werden sollten.

Hinzu kommt, dass die CSV, die sich große Chancen ausrechnet, nach fünf Jahren auf der Oppositionsbank wieder an die Hebel der Macht zu gelangen, kein Entgegenkommen gegenüber der CGFP erkennen lässt. Eine sofortige Abschaffung der 80/80/90-Regelung steht nicht auf ihrer Agenda. Außerdem ist die größte Oppositionspartei nicht gewillt, die strittigen Punkte der Dienstrechtsreform vom Gehälterabkommen zu trennen.

Die Bereitschaft der Regierung, den Dialog mit der CGFP zu intensivieren, ist begrüßenswert. Dabei dürfen keine Tabuthemen von vorneherein ausgeklammert werden. Minister Kersch hat bereits wissen lassen, dass er keine Berührungsängste habe und seine Tür jederzeit für einen Dialog offenstehe.

Der CGFP-Nationalvorstand warnt jedoch in aller Deutlichkeit davor, dass er sich nicht ewig vertrösten lassen werde. Unter keinen Umständen werde man sich auf eine endlose Hinhaltetak-

tik einlassen. Falls sich herausstellen sollte, dass die Regierung Entscheidungen bewusst hinauszögere, um so Zeit zu gewinnen, werde man diese Pläne rechtzeitig durchkreuzen, heißt es. Ein Sozialkonflikt lasse sich nur dann abwenden, wenn die Gespräche in einem vernünftigen Zeitrahmen zu positiven Ergebnissen führen.

Tritt das Gegenteil ein, wird die CGFP nicht davor zurückschrecken, von allen ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen, damit die teilweise gravierenden Probleme, die im Zuge der statutarischen Reform aufgetreten sind, im Interesse der Staatsbediensteten und der Bürger des Landes in Angriff genommen werden.

Die CGFP ist nicht gewillt, von ihren Kernforderungen abzuweichen. Um ein Zeichen der Solidarität gegenüber jüngeren Generationen zu setzen, gehört die völlig sinnlose 80/80/90-Regelung abgeschafft – und zwar sofort!

Es ist unannehmbar, dass ausgerechnet junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, in den ersten zwei Dienstjahren Einbußen von 20 Prozent bei ihrer Entschädigung und im dritten Jahr nochmals Einbußen von 10 Prozent in Kauf nehmen müssen.

Eine kontraproduktive Maßnahme

Diese von der vorigen Regierung beschlossene Sparmaßnahme hat in Zeiten blühender Konjunktur überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr. Auch der jetzige Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, der diese Regelung widerwillig umsetzen musste, hat bereits mehrfach öffentlich bekräftigt, dass er die Maßnahme für unfug hält.

Die 80/80/90-Regelung ist zudem auch kontraproduktiv, da sie die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gefährdet und demnach die besorgniserregenden Einstellungsprobleme in manchen Bereichen des Staatsdienstes zusätzlich verschärft.

Umso deutlicher weist die CGFP darauf hin, dass die Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen keinen Bogen um die Dauer des Praktikums machen darf. Ihrer Ansicht nach solle die „Stagezeit“ im Prinzip von 3 auf 2 Jahre bei 100 Prozent Entlohnung gekürzt werden, wobei die Dauer des Praktikums nicht zwingend in sämtlichen Verwaltungen identisch sein müsse.

Die CGFP bleibt der Auffassung, dass es schier unmöglich ist, die vielfältigen sektoriellen Probleme im Rahmen eines Besoldungsabkommens abzuwickeln. An die Dreierkoalition geht deshalb der Aufruf, die sektoriellen Belange der Fachverbände ernst zu nehmen und die Probleme nach sektoriellen Verhandlungen rasch aus der Welt zu schaffen.

Max Lemmer

Web- info



Schnell und übersichtlich informiert: www.cgfp.lu

CGFP und CSV nicht auf einer Linie

Bei den Anfangsgehältern rückt die CSV nicht von ihrem ursprünglichen Standpunkt ab

Mitte Januar hatte die CGFP neben der Regierung auch sämtliche Parteien angeschrieben. Die Botschaft war unmissverständlich: Binnen einem Monat sollten die Parteien jeglicher Couleur der CGFP mitteilen, ob sie gewillt sind, über die strittigen Punkte der Dienstrechtsreform neu zu verhandeln und die 80/80/90-Regelung abzuschaffen.

Keine der angeschriebenen Parteien ließ die gesetzte Frist ungenutzt verstreichen. Nachdem die LSAP bereits Anfang März die CGFP um ein klärendes Gespräch gebeten hatte, fand am 23. März eine Unterredung mit der CSV statt, der unter anderem Fraktionschef Claude Wiseler und Parteipräsident Marc Spautz beiwohnten.

Erneut betonte die CGFP mit Nachdruck, dass Gehälterabkommen und Dienstrechtsreform keineswegs als ein Ganzes betrachtet werden dürfen. Beides müsse voneinander getrennt werden und das aus gutem Grund: Es sei schier unmöglich, die mannigfaltigen Probleme, die bei der Umsetzung der Dienstrechtsreform auf sektorieller Ebene aufgetreten sind, in einem Besoldungsabkommen zu behandeln, hieß es.

Bei der Frage, ob sie bereit sei, die von der CGFP gewünschte Trennung zu berücksichtigen, blieb die CSV eine Antwort schuldig. Eigenen Aussagen zufolge hatte sich die Partei zu dem besagten Zeitpunkt noch nicht damit befasst.

Auch in Bezug auf die 80/80/90-Regelung erhielt die CGFP keine zu-



Die CSV-Delegation, der u.a. Fraktionschef Claude Wiseler und Parteipräsident Marc Spautz angehörten, zeigte nahezu kein Entgegenkommen gegenüber der CGFP.

friedenstellende Antwort seitens der CSV. Diese höchst umstrittene Regelung, die von der vorigen CSV-LSAP-Regierung beschlossen wurde, war eine reine Sparmaßnahme. Die Anwärter zum Staatsdienst erhalten dadurch in den ersten zwei Dienstjahren lediglich 80 Prozent ihrer Vergütung, im dritten Jahr 90 Prozent.

Um ein klares Zeichen der Solidarität gegenüber jüngeren Generationen zu setzen, fordert die CGFP seit Monaten die Abschaffung der sinnlosen 80/80/90-Regelung. Die Zeit drängt und dies umso mehr, da die Einstellungsprobleme in manchen staatlichen Verwaltungen unnötig verschärft wurden und der öffentliche Dienst zunehmend an Attraktivität einbüßt.

Die CSV lässt jedoch diesbezüglich keine Einsicht erkennen. Trotz boomender Konjunktur, gut gefüllter Staatskassen und blendenden Wirtschaftsaussichten für die kommenden Jahre scheint die Partei nicht bereit zu sein, Fehlentscheidungen aus der Vergangenheit zu korrigieren.

Für die CSV bleibe die initiale Zielsetzung unverändert, bekräftigte Fraktionspräsident Claude Wiseler. Seine Partei wolle nach wie vor die Anfangsgehälter aus der Privatwirtschaft und die des öffentlichen Dienstes näher aneinander heranzuführen. Für die CSV kommen mögliche Änderungen in Bezug auf die 80/80/90-Regelung, wenn überhaupt, erst im Rahmen der kommenden Verhandlungen zwischen der Regierung und der CGFP in Frage.

Kein Verständnis zeigte die CGFP für die dreijährige „Stage“-Zeit, die einzig und allein eingeführt wurde, um Kosten zu sparen. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten kann sich eine flexible Lösung vorstellen, der zufolge die Dauer des Praktikums sich je nach Verwaltung unterscheidet. Dabei sei es jedoch wichtig, Sorge dafür zu tragen, dass kein neues Ungleichgewicht entstehe.

Die CSV verschließt sich einer Diskussion über die Dauer des Praktikums nicht. Vorrang hätten jedoch in erster Linie inhaltliche Fragen, hieß es. Schwachstellen, die unter Umständen nach einer gründlichen Analyse der statutarischen Reform ausfindig gemacht werden, müssten behoben werden. Um sich einen Gesamteindruck der sektoriellen Probleme zu verschaffen, wird die CGFP der CSV die Liste aller Beschwerden der jeweiligen Fachverbände zukommen lassen.

Beide Seiten haben ein weiteres Treffen vereinbart, das stattfinden soll, nachdem die CSV ihr Wahlprogramm ausgearbeitet hat. Zudem trifft die CGFP-Exekutive auf Wunsch der liberalen Partei Ende Mai eine DP-Delegation zu einem ausgiebigen Meinungsaustausch.

Auch die Grünen hatten anfänglich eine Aussprache mit der CGFP beantragt, bevor sie das Angebot jedoch angeblich aus parteiinternen organisatorischen Gründen rückgängig machten, ohne einen neuen Termin zu vereinbaren.

Max Lemmer

D'ARMÉE

REKRUTEIERT FRÄIWELLEG ZALDOTEN



Nächste Rekrutement
10.09.2018

Umeldungsformular
bis den **06.06.2018**
eraschicken.

INFORMATIONSBÜRO
15, bd Royal
L-2449 Luxembourg
INFOTELEFON
8002 - 4888

 FOND
SOCIAL
EUROPÉEN
Luxembourg

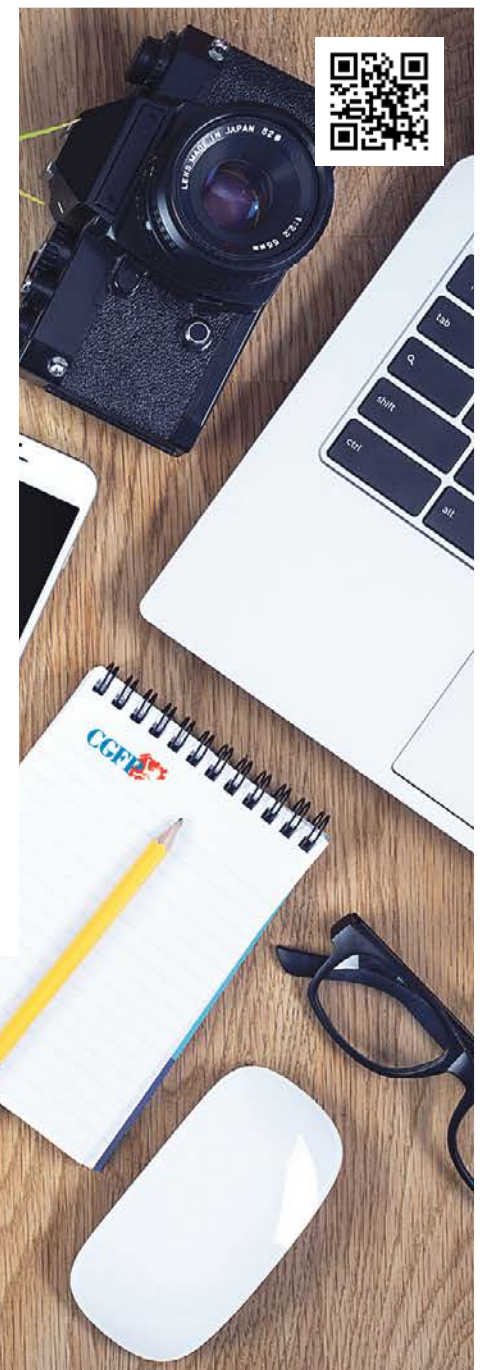
 Avec le soutien de
l'Union européenne

**D'ARMÉE, ENG
ERAUSFUERDERUNG
FIR DECH**

D'Lëtzebuurger Armée steet national
an international fir Asaz an Engagement.
Hir Missioun ass et Mënschen ze schützen
an hinnen an der Nout ze hëllefen.



LËTZEBUERGER ARMÉE
www.armee.lu • info@armee.lu



**Schnell und übersichtlich
informiert:
www.cgfp.lu**

Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst verabschiedet

Die wesentlichen Änderungen im Überblick

Was lange währt, wird endlich gut: Ende 2016 hatten sich die CGFP und die Regierung nach monatelangen Verhandlungen auf ein neues Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst geeinigt. Mit reichlich Verspätung wurde nun der entsprechende Gesetzentwurf am 26. April im Parlament einstimmig verabschiedet. Das Abkommen, das Ende 2018 ausläuft, beinhaltet unter anderem eine Aufbesserung des Punktwerts sowie die im April 2017 bereits ausgezahlte einmalige Prämie und eine Erhöhung der Essenszulage. Neben finanziellen Verbesserungen erhalten die Staatsbediensteten künftig auch neue Gestaltungsmöglichkeiten, um Privat- und Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren.

Im Vorfeld der Unterzeichnung des neuen Besoldungsabkommens für den öffentlichen Dienst hatten sich die Gespräche über mehrere Monate hingezogen. Nach intensiven Verhandlungen erzielten die CGFP und der Minister für den öffentlichen Dienst, Dan Kersch, am 5. Dezember 2016 eine Einigung. Der ausgehandelte Kompromiss stieß dabei auf eine breite Zustimmung: 94 % der Delegierten hatten sich im Rahmen der CGFP-Vorstandskonferenz mit diesem Verhandlungsergebnis einverstanden erklärt. Als das Gehälterabkommens von der CGFP und der Regierung unterschrieben wurde, ahnte noch niemand, dass bis zur Abstimmung im Parlament sage und schreibe 17 Monate (!) ins Land ziehen würden.

Das Abkommen sieht in erster Linie eine Erhöhung des Punktwerts vor. Obwohl die Umsetzung in Verzug geraten ist, entstehen für die öffentlich Bediensteten keine finanziellen Einbußen. Die Gehälter werden rückwirkend zum 1. Januar 2018 um 1,5 % angehoben. Im Koalitionsabkommen des blau-rot-grünen Dreierbündnisses war eine Punktwerterhöhung für den öffentlichen Dienst nicht vorgesehen. Es ist dem Verhandlungsgeschick der CGFP zu verdanken, dass die Regierung auf diesem wesentlichen Punkt einlenkte.

Im Laufe der Verhandlungen hatte die CGFP unermüdlich auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung des Landes und auf die gesunden Staatsfinanzen hingewiesen. Diese würden der Regierung den nötigen Handlungsspielraum verschaffen, um eine Gehälterhöhung vorzunehmen. Ressortchef Dan Kersch gelangte letztendlich zu dem Schluss, dass die getroffene Vereinbarung „angebracht und der Situation angemessen“ sei.

Die CGFP kann dieser Einschätzung nur zustimmen. Es handelt sich um eine „normale Gehälterhöhung“, so wie sie beispielsweise auch zu einem Großteil in der Privatwirtschaft erfolgt.



Sieben der 24 Punkte, die das vom Parlament verabschiedete Abkommen umfasst, sind mit finanziellen Verbesserungen verknüpft. Die übrigen Bestandteile der Übereinkunft verfolgen andere Ziele.

Auch die rückwirkend zum 1. Januar 2017 fällige Anhebung der Essenszulage um 34 Euro pro Monat wird nun retroaktiv ausgezahlt, so dass für niemanden finanzielle Nachteile entstehen. Der Nettobetrag steigt von monatlich 110 auf 144 Euro. Bislang wurde die „allocation de repas“ im Krankheitsfall nicht ausbezahlt. Diese Regelung gehört nun der Vergangenheit an.

Neue Teilzeitregelungen

Ein weiterer Bestandteil des Gehälterabkommens ist die einmalige Prämie in Höhe von 1 % des Jahresgehalts von 2016. Sie wurde aus dem Gesamtpaket genommen und bereits am 1. April vergangenen Jahres ausbezahlt. Gleiches trifft auch für den M-Pass zu. Seit rund einem Jahr können die öffentlich Bediensteten einen Antrag stellen, um diesen zu einem ermäßigten Tarif zu erhalten. Der Betrag der Selbstbeteiligung liegt bei jährlich 150 Euro.

Ziel ist es, den öffentlichen Transport im Sinne der Nachhaltigkeit für alle Mitarbeiter des öffentlichen Sektors attraktiver zu gestalten, um einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Berufsverkehrs zu leisten. Der öffentliche Dienst übernimmt somit soziale Verantwortung im Interesse des Allgemeinwohls.

Eine günstigere Lösung gilt künftig auch bei den Überstunden. Lag bislang die Obergrenze des Stundenlohns in der letzten Gehaltsstufe des Grad 9 (338 Gehaltspunkte), werden künftig geleistete Überstunden aufgrund des entsprechenden Gehalts vergütet. Zudem wurde die 80/80/90-Regelung nachgebessert. Die Gehaltspunkte, die nicht vollständig mit 80 % bzw. 90 % der Entschädigungen für Praktikanten übereinstimmen, werden angepasst.

Das Gehälterabkommen enthält auch zahlreiche familienfreundliche Maßnahmen. Ihr Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben zu stärken. Zum einen werden die Regelungen, die in der Privatwirtschaft beim Urlaub aus Familiengründen gelten, integral übernommen. Zum anderen wird die Teilzeitarbeit neu geregelt.

Die öffentlich Bediensteten können ihre Arbeitszeit in 10 %-Stufen zurückfahren. Bislang beschränkte sich die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst lediglich auf 25 %, 50 % oder 75 %. Künftig kann sie auch zwischen 40 % und 90 % schwanken. Bei einer Vollzeitarbeit entspricht eine 10 %-Stufe vier Arbeitsstunden. Die 25-prozentige Regelung ist fortan nicht mehr möglich. Lediglich in Ausnahmefällen kann der Grad der Beschäftigung unterhalb 40 % liegen, sofern die dafür festgelegte Höchstdauer von einem Jahr nicht überschritten wird. Für Staatsbedienstete, die bereits zuvor die 25 %-Regelung beantragt hatten, gilt eine Übergangslösung.

Einführung der Zeitsparkonten

Einen Anspruch auf eine befristete Teilzeitbeschäftigung haben jene Eltern, die sich um ihren Nachwuchs kümmern möchten, vorausgesetzt die Kinder sind noch nicht im zweiten Zyklus der Grundschule eingeschrieben. Eine befristete Teilzeit kann auch aus persönlichen Gründen über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren beantragt werden.

Wird eine derartige Anfrage aus beruflichen Gründen eingereicht, beträgt die maximale Dauer 4 Jahre, in Ausnahmefällen sind zwei weitere Jahre möglich. Das Recht auf Teilzeitarbeit steht neuerdings auch Führungskräften zu, unter der Voraussetzung, dass die Bedürfnisse der jeweiligen Verwaltungen gewährleistet bleiben.

Die neuen Teilzeitregelungen werden außerdem bei der Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen („congé pour raisons de santé“) angewandt. Staatsbedienstete, die aus gesundheitlichen Gründen über einen längeren Zeitraum an ihrem Arbeitsplatz fehlen, werden in Zukunft übrigens zwei Monate im Voraus informiert, dass sie Gefahr laufen, gekündigt zu werden.

Bei dem mit der CGFP ausgehandelten Gehälterabkommen hat sich die Regierung auch verpflichtet, ein Gesetzesprojekt zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst vorzulegen. Der entsprechende Text, der im August 2017 auf den Instanzenweg geschickt wurde,

soll noch vor den Sommerferien im Parlament verabschiedet werden. Derzeit steht noch ein Zusatzgutachten des Staatsrats aus.

Künftig können Staatsbeamte und -angestellte bis zu 1.800 Stunden ansparen, um sie dann zu einem späteren Zeitpunkt in freie Tage bzw. in Stunden umzuwandeln. Dieses sehr innovative Vorhaben, das auf dem Prinzip „eng Stonn ass eng Stonn“ beruht, berücksichtigt auch die langjährige CGFP-Forderung nach einer Kürzung der obligatorischen Mittagspause um eine halbe Stunde. Das Modell könnte auch für die Privatwirtschaft eine Vorreiterrolle haben.

Reform des Sozialurlaubs

Der Sozialurlaub, der Bestandteil des Gesetzentwurfs über die Zeitsparkonten ist, wird von 8 Stunden pro Monat auf 24 Stunden pro Trimester (Januar-März, April-Juni, Juli-September, Oktober-Dezember) festgelegt. Neu angepasst wurde zudem auch die Höhe der Familienzulagen bei der neuen Regelung: Der Monatsbetrag wurde auf 29 Gehaltspunkte angehoben.

Das Gehälterabkommen sieht des Weiteren die Schaffung eines Kompetenzzentrums vor, in dem alle staatlichen Verwaltungen gebündelt werden, die für die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig sind. Indem die verzahnten Fachkenntnisse unter der Aufsicht einer gemeinsamen Direktion zusammengelegt werden, wird sich mehr Effizienz in diesem Bereich erhofft.

Bis 2018 soll der Personalbestand der betreffenden Verwaltungen im Vergleich zu 2015 verdoppelt werden. Im Ministerium für den öffentlichen Dienst wurden bereits die Weichen gestellt, damit der entsprechende Gesetzestext noch vor den anstehenden Parlamentswahlen gestimmt werden kann. Um der starken Nachfrage im Bereich der Prävention von psychosozialen Risiken gerecht zu werden, nahm bereits vor rund anderthalb Jahren der „service psychosocial“ unter der Leitung von Dr. Mareike Bönigk seine Arbeit auf.

Bei aller Freude, dass das Gehälterabkommen nun endlich die parlamentarische Hürde nehmen konnte, hat die CGFP jedoch kein Verständnis für die monatelange Verzögerung. Der Gesetzentwurf wurde erst im vergangenen Sommer von der Regierung auf den Instanzenweg geschickt. Unklar ist, warum der Staatsrat anschließend mehrere Monate benötigte, um das Abkommen zu begutachten, zumal es sich hier um eine Formalität handelte.

Zwar werden die Punktwerterhöhung sowie die Anhebung der Essenszulage rückwirkend ausbezahlt. Andere Maßnahmen, wie z.B. die Neuregelung der Teilzeitarbeit, die Erhöhung der Familienzulage und die neuen Bestimmungen beim „congé social“, können erst in Anspruch genommen werden, nachdem sie in Gesetzestexte gegossen wurden.

Max Lemmer

CGFP

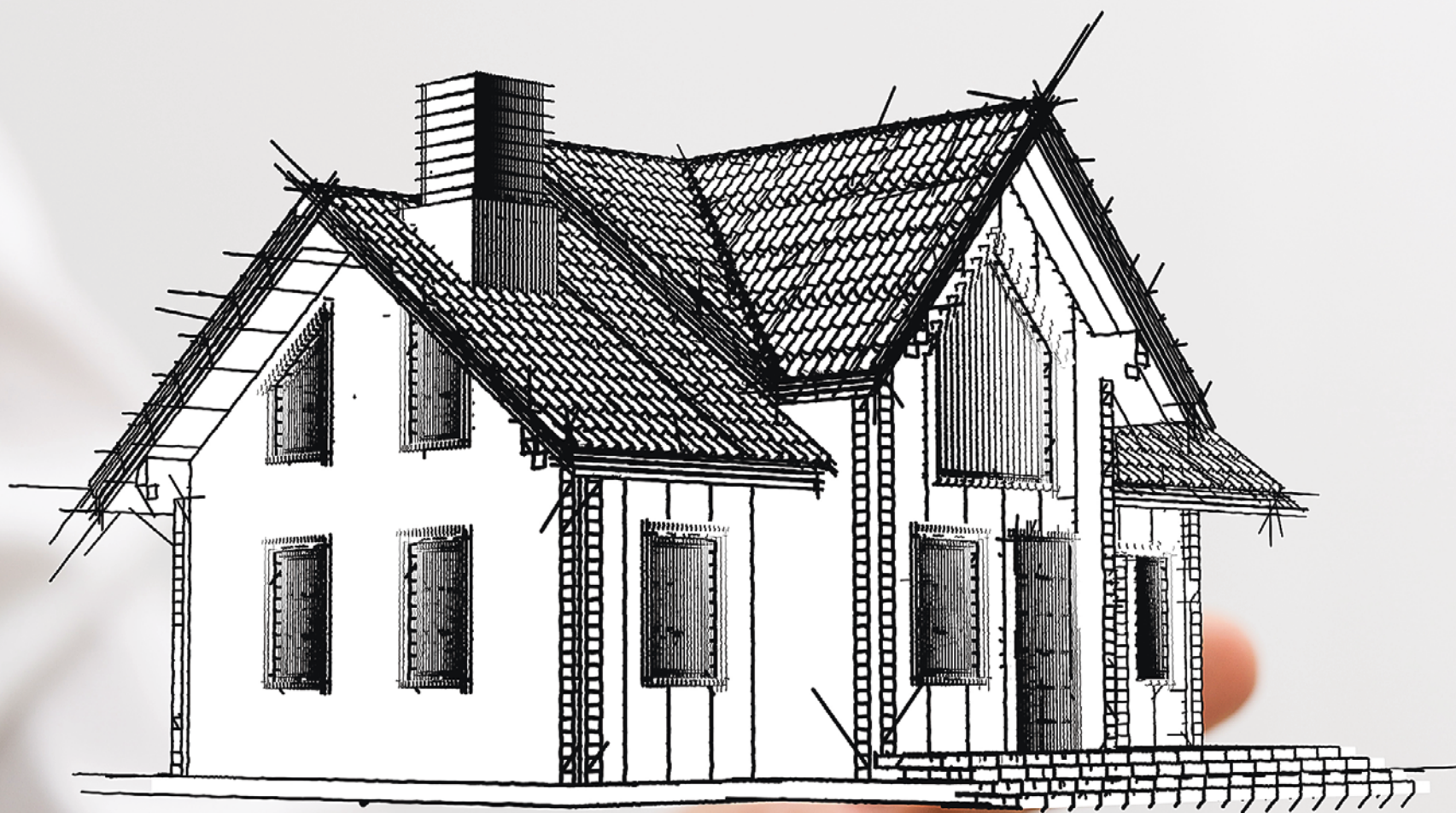


Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-einrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

Neue Räumlichkeiten für die Niederlassung der BHW Bausparkasse Luxemburg

Mit voller Kraft voraus



Georges Muller, Geschäftsführer der „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ (OEL/CGFP), Achim Vogt, Chef der BHW Bausparkasse AG in Luxemburg, Joseph Daleiden, Vorsitzender der OEL/CGFP und Paul Zimmer, Wirtschafts- und Finanzexperte von CGFP-Services (v.l.n.r.)

Die BHW Bausparkasse AG in Luxemburg blickt auf eine langjährige Tradition zurück. An der Wiege des ehrgeizigen Projekts stand vor mehr als 40 Jahren die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“. Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags 1976 verhalf sie der BHW dazu, am 1. Februar 1977 als erste Bausparkasse im Großherzogtum ihre Geschäftstätigkeiten aufzunehmen. Oberstes Ziel war es, den Staatsbeamten und -angestellten die erforderlichen Geldmittel zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, damit der Traum der eigenen vier Wände nicht ein ewiges Wunschdenken bleibt.



Ein starkes Duo: Achim Vogt, Chef der BHW Bausparkasse Luxemburg (rechts) und Lothar Meyer, Direktionsbeauftragter für den öffentlichen Dienst.

Für die luxemburgische BHW-Niederlassung waren die vergangenen vier Jahrzehnte eine wahre Erfolgsgeschichte. Der Kooperationspartner der CGFP will sich jedoch keineswegs auf seinen Lorbeeren ausruhen. Ganz im Gegenteil: Stets darum bemüht, ihr Angebot an Dienstleistungen – insbesondere gegenüber den CGFP-Mitgliedern – kontinuierlich zu optimieren, hat BHW Luxemburg ihren Sitz in der rue Erasme auf Kirchberg erheblich erweitert.

Die neuen, modernen und hellen Räumlichkeiten bieten den Bausparexperten die Möglichkeit, ihre Kundschaft in einem gediegenen Rahmen noch besser zu betreuen als bislang. Unter der Leitung von Lothar Meyer, Direktionsbeauftragter für den öffentlichen Dienst, stehen den Kunden mehrere äußerst kompetente Bausparberater zur Seite, um anhand ihres Fachwissens maßgeschneiderte Lösungen zur Finanzierung des Eigenheims zu finden.

„Kein Grund, das Modell zu ändern“

Auch in Zeiten, in denen sich die Zinssätze auf herkömmlichen Hypothekenkrediten auf einem historisch niedrigen Niveau bewegen, kann das Bausparen als attraktive Alternative in den kommenden Jahren weiterhin seine Stärken ausspielen.

In Anwesenheit zahlreicher Gäste, unter ihnen Joseph Daleiden als Vorsitzender der „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“, unterstrich Achim Vogt, Chef der BHW Bausparkasse AG in Luxemburg, in seiner Rede zur Einweihung der nagelneuen Filiale, dass sein Team die jüngsten Veränderungen in der Gesetzgebung der Bankenwelt und die



damit verbundenen neuen Anforderungen mit Bravour gemeistert habe.

Mit den neuen Räumlichkeiten für den Vertrieb könne man nun den Blick gelassen nach vorne richten. „Wir wollen als Institution BHW in Luxemburg weiterhin am Markt stark unsere Rolle zusammen mit unserem Kooperationspartner CGFP spielen“, so Vogt.

Anhand des Mengengeschäfts sei man nah am Kunden dran und sehr stark in der luxemburgischen Gesellschaft verwurzelt.

„Der Weg, den wir eingeschlagen haben, hat 40 Jahre lang gut funktioniert:

Es gibt keinen Grund, das Modell zu ändern“, betonte Vogt. Dennoch sei es wichtig, künftig noch einige zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Ziel sei es, für dieses Jahr noch „eine Schippe draufzulegen“, so der erfahrene Finanzexperte, der vor drei Jahren die Zügel bei BHW Luxemburg übernommen hat. Von großer Wichtigkeit sei dabei die Politik der kurzen Wege. So sei zum Beispiel in all den Jahren die Zusammenarbeit mit CGFP Assurances, die ihren Sitz im selben Gebäude hat, gestärkt worden.

ml

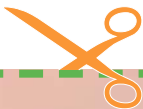


Ihre Berufsvertretung

Avez-vous changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la
CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg
ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/Changement-adresse.html



Ancienne adresse	Nouvelle adresse
Nom:	
Prénom:	
No et rue:	
Code postal:	
Localité:	
email:	

Gegen gefährliche Vereinfachungen in der anstehenden Wachstumsdebatte

Jahrzehntelang wurde hierzulande in der politischen Auseinandersetzung das Thema unseres überdurchschnittlichen, ökonomischen und demografischen Wachstums und der diesbezüglich erforderlichen Maßnahmen verdrängt. Dies ist umso erstaunlicher, als doch die ärgerlichen Begleiterscheinungen in Form von ungenügenden Transportinfrastrukturen und extrem teurem Wohn- und Arbeitsraum schon seit langem sehr viel Ärger bereiten.

Stattdessen war der wirtschaftspolitische Diskurs in erster Linie auf die Staatsfinanzen ausgerichtet, wobei das politisch korrekte Denken von einigen Lobbyisten und ihren Spindoktoren vorgegeben wurde. Weil diese dem Volk ihre Austeritätsmaßnahmen aufdrängen wollten, waren sie sehr erfolgreich darum bemüht, von der ökonomischen Dynamik Luxemburgs abzulenken.

Nun werden die mit dem Wachstum einhergehenden Probleme offener thematisiert, doch die anstehende Debatte dazu wird wohl leider in einem Wahlkampfkontext stattfinden. Das aber wiederum wird der Sachlichkeit der Erörterungen kaum nutzen. Gegenseitige Zuweisungen der Alleinschuld führen weder zu einer objektiven und korrekten Analyse noch zu einer optimalen und nachhaltigen Problemlösung.

Eine schwierige Lösungsfindung

Wir müssen uns somit darauf einstellen, dass hier stark an Emotionen appelliert wird, und dass die konkreten Fakten und die tatsächlichen Zusammenhänge weniger Gewicht erhalten, als ihnen zusteht. Man wird gängige Vorurteile als Wahrheiten vortragen, nicht nur, was den Ist-Zustand und die feststellbaren Zukunftstrends betrifft, sondern auch bezüglich der kausalen Zusammenhänge.

Daher ist es wohl der richtige Moment, um – ohne falsche Rücksicht auf die diversen Akteure der Gegenwart und der Vergangenheit – einige relevante Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

Hier und heute können wir zwar nur den einen oder anderen Aspekt beleuchten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder auf generelle Ausgewogenheit. In einer späteren Ausgabe wollen wir beispielsweise auf ein Argument eingehen, das mit dem ominösen „Rentenmauer-Syndrom“ daherkommt, der These, die langfristige Absicherung des Rentensystems zwingt uns zu einem maximalen Wachstum, welche nicht so undifferenziert hingenommen werden kann.

Ein weiteres Thema, das eingehend zu behandeln bleibt, sind die permanenten Herausforderungen für Staat und Gesellschaft, welche die rasante Immigration und, als Folge davon, der hohe und noch weiter steigende Ausländeranteil darstellen, bezüglich der Integration der neuen Mitmenschen wie des sozialen Zusammenhalts unserer wachsenden Einwohnerschaft.

Nicht den Sündenbock schlachten

In Bezug auf die Wachstumsproblematik kann leider nicht stark genug betont werden, wie gravierend die Lage ist, was die demografische Dynamik betrifft. Einige interessante Angaben dazu illustrieren wir auf Seite 13. Schnelles und energisches Handeln ist erforderlich, und wir haben es also nicht einfach mit einem interessanten Austausch von Argumenten zu tun, sondern mit einer ernsthaften und dringenden Angelegenheit.

Dann muss sehr eindrücklich vor einer prinzipiellen Verfälschung der Debatte

gewarnt werden. Sonst geht es hier wie bei anderen Sündenböcken: Als Banker Mist gebaut hatten und Politiker ihre Staatsschulden ausufern ließen, gaben sie einfach dem Euro die Schuld, und alle sprachen von der Eurokrise als eine Strafe Gottes, was kein positiver Verbesserungsansatz war. Es wäre heute ein übles Ablenkungsmanöver, das starke Wachstum als solches zu verteufeln.

Schwerwiegende Versäumnisse

Denn alle wahrgenommenen Probleme – also vor allem die übermäßige Verteuerung des Wohnraums durch rasant steigende Grundstückspreise, die täglichen Verkehrsstaus sowie die langen Fahrten zum Arbeitsplatz wegen unzureichender Infrastrukturen – sind nämlich (abschwächbare oder gar vermeidbare) Begleiterscheinungen des Wachstums und keineswegs dessen (zwangsläufige) Folgen.

Denn die tatsächliche Schuld an den festgestellten Fehlentwicklungen liegt beim Versagen der Politik, das gegebene Wachstum rechtzeitig und deutlich als einen Problemfaktor zu erkennen, und entsprechend zu reagieren. Daher muss es jetzt zuallererst darum gehen, energisch die verpassten Maßnahmen nachzuholen, statt die Illusion zu erwecken, man verfüge über die Mittel – im Handumdrehen – die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern, und das Wachstum auf das erwünschte Tempo abzubremsen.

Man weiß, wie schwer sich generell die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen lässt. Umso illusorischer ist es, vorhandene solide Tendenzen punktuell abzubremsen. Im Klartext: Wer die Bedingungen für eine Handelsermächtigung erfüllt, ist in der Lage, sie erfolgreich einzufordern.

Ein zu attraktiver Standort

Gewiss, es gibt ein Rezept, um alle nur marginal rentablen (also weniger erwünschten) Betriebe nachdrücklich zu entmutigen, und das ist eine massive Anhebung der Lohnkosten durch einen staatlichen Eingriff. Doch dies werden die Arbeitgeberlobbyisten mit Sicherheit zu verhindern wissen. Der Grund unseres starken Wachstums ist klar: Trotz allem Gejammer aus Patronatskreisen in Sachen Produktivität ist der Wirtschaftsstandort Luxemburg sehr attraktiv.

Wer die Dinge genauer betrachtet, dem wird schnell klar, wie komplex die Materie ist. Wachstum hat Vor- und Nachteile, die alle Interessenten aber anders bewerten. Und es gibt viele Parameter, die man, wenn möglich, verändern wollte. Manches Wachstum ist zu einem bestimmten Zeitpunkt passender als ein anderes.

Mannigfaltige Argumente zeigen somit in vielerlei Richtungen, aber alle simplen Rezepte und Wundermittel sind als Lösungsansätze untauglich, außer für populistische Schaumschlägerei. Und schließlich wird man am Ende gewiss nicht einen präzisen und offensichtlichen „richtigen“ Weg für Luxemburg finden, der sich sachlich und wissenschaftlich feststellen ließe und der dann allen einleuchten würde.

Slogans lösen kein Problem

Denn das bereits allseits beschworene „selektive Wachstum“ ist auch nur eine leere Worthülse. Wer die Industrie verteufelt, oder alles was nicht das Hightech-Label verdient, der nimmt den einfachen, manuell arbeitenden Menschen vielleicht ihren Job und ihr tägliches Brot. „Alles nachhaltig und clean“ bedeutet oft auch „ohne soziale Rücksichten“.

Zwar googeln alle, aber den erforderlichen Netzwerkrechner wollen sie nicht hinter ihrem Garten. Man fordert, es solle nur noch nachhaltig gebaut werden, aber die dazu notwendigen Baumaterialien sollten womöglich in China hergestellt werden. Wir bauen in der Flugschneise und erwarten dann die Einstellung des Frachtverkehrs.

Es ist dies eine Sache der Ehrlichkeit: Wenn wir als Gewerkschafter (ganz zu Recht) von unserem Arbeitgeber sowie vom Sozialstaat ständig weitere Fortschritte und mehr Sozialleistungen einfordern, dann müssen wir auch zulassen, dass die entsprechenden zusätzlichen Mittel erwirtschaftet werden können. Alles andere wäre Demagogie.

Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Demografie

Alle Überlegungen zur Dynamik des Landes müssen von der Feststellung ausgehen, dass sich hier zwei unterschiedliche Wachstumsparameter gegenseitig beeinflussen: die Volkswirtschaft und die Bevölkerung.

Das Wirtschaftswachstum wird gesteigert durch eine beschleunigte Einwanderung. Diese bringt mehr Menschen zu uns, mehr Verbraucher und mehr Konsum, auch mehr Arbeitskräfte und mehr Produktion. Und gerade diese Wirtschaftsdynamik schafft gleichzeitig zusätzliche Jobs für weitere Einwanderer und Grenzgänger.

Bei dieser Lage macht es keinen Sinn, ergründen zu wollen, was zuerst da war, das Huhn oder das Ei. Jede der beiden expandierenden Größen ist zugleich Ursache und Wirkung. Wobei man keine von ihnen beeinflussen kann, ohne auch auf die andere zu wirken.

Vor Jahren hat man sich beim Verfassen von Zukunftsprognosen gelegentlich die Frage gestellt, ob wir politisch bezüglich der zusätzlichen Jobs eine Wahl hätten zwischen mehr Pendlern aus der Grenzregion oder mehr Immigranten. Wobei das „Pendlerszenario“ als die ökologisch schlechtere Lösung angesehen wurde, wegen der längeren Anreise zum Arbeitsplatz.

Diese Frage schien damals gerechtfertigt, aber in Wirklichkeit besteht keine solche Wahl, weil beide Lösungen sich uns gleichzeitig mit maximaler Wucht aufdrängen, mit zugleich mehr Immigranten und mehr Grenzgängern.

Von nichts kommt nichts

Unsere Wachstumsthematik hat so manche paradoxalen Aspekte: Wenn wir, konservativ ausgedrückt, „das bleiben wollen, was wir sind“, nämlich ein insgesamt extrem wohlhabendes Land, dann müssen wir schon „nolens volens“ auch so progressiv bleiben wie bisher, nämlich eine einwanderungsfreundliche, offene Gesellschaft.

Denn unsere Produktivitätssteigerung und das Wachstum beruhen ja in einem erheblichen Ausmaß auf einem enormen „brain drain“, dem Import von ausländischen Talenten, Kenntnissen und Unternehmertegeist.

Kein sozialer Fortschritt ohne Wirtschaftswachstum

Auch wenn dies nicht jedermann ideologisch passt: Ein nachhaltiger, sozialer Fortschritt ist ohne ein entsprechendes Wirtschaftswachstum unmöglich. (Im Umkehrschluss bewirkt der ökonomische Fortschritt allerdings nicht zwangsläufig eine allgemeine soziale Besserstellung, wenn es nicht gleichzeitig eine angemessene Verteilung des zusätzlichen Kuchens gibt.)

Heute bekommen, zumindest bei uns, die sozial Benachteiligten auch etwas vom Fortschritt mit, doch nur

weil der zu verteilende Kuchen ständig wächst. Bei einer stagnierenden Wirtschaft kann auch der geringste soziale Fortschritt nur noch erfolgen durch eine entsprechende Veränderung bei der ultimativen Verteilung, also durch ein stärkeres Umschichten von oben nach unten.

Und gerade dies ist erfahrungsgemäß zu einer Illusion geworden. Aufwendige Studien konnten nämlich eindeutig nachweisen, dass in allen Industrieländern seit Jahrzehnten die Dinge diesbezüglich in die entgegengesetzte Richtung laufen. Die Reichen werden immer reicher (und zwar schneller als die Wirtschaft wächst) und die Armen noch ärmer. Hohe Einkommen und Vermögen wachsen massiv, Hungerlöhne stagnieren bestenfalls.

Theoretisch wäre es selbstverständlich schon möglich, sich als Land für deutlich weniger Wachstum zu entscheiden, aber dann nimmt man „ipso facto“ auch weniger allgemeinen Wohlstand und weniger Sozialpolitik in Kauf. Und leider würden es auch kaum diejenigen sein, welche heute durchaus zu etwas weniger Einkommen bereit sind, die schließlich die „Kleinverdiener“ sein würden.

Ansonsten bräuchten wir einen betuchteren Staat, statt einen schlanke- ren. Aber eine solche Lösung werden unsere Politiker den Patronatsvertretern nicht aufdrängen können.

Gesellschaftliche Gefahr

Und es geht dabei nicht einfach nur um ein bisschen Geld, um etwas mehr oder weniger Wohlstand. In den letzten Jahrzehnten nämlich hat die ökonomische, weitgehend nicht regulierte Globalisierung so schlimme soziale Konsequenzen nach sich gezogen und so viele „Verlierer“ erzeugt, dass dadurch manche unserer westlichen Demokratien an den Rand des politischen Abgrunds gebracht wurden.

Die „Loser“ des geltenden Wirtschaftssystems sind heute so zahlreich und so desillusioniert, dass die Gewaltkriminalität wächst und dass der politische Populismus und seine Wahlerfolge vielerorts das nationale und insgesamt auch das internationale Zusammenleben vergiften.

Nationale Bankrotterklärung

In diesem Zusammenhang sollte beispielsweise auch betont werden, dass das immer unerschwinglicher werdende Wohnen im Großherzogtum jetzt zunehmend viele alteingesessene Luxemburger aufgrund der Wohnungskosten in benachbarte Grenzorte auswandern lässt. Dieser Exodus mag den betroffenen Familien im Moment als die akzeptablere, persönliche Lösung erscheinen, auf die Dauer aber ist es wohl angesichts aller Konsequenzen nur eine Verschlimmbesserung.

Dass aber unsere Lebensqualität nach und nach für manche unbezahlbar wird, bemerken „die da oben“ leider nicht, so wie sie vor ein paar Jahren nicht wahrnahmen, dass wir – die allermeisten von uns – unsere politischen Wortgefechte auf Luxemburgisch führen wollen.

Die erwähnte Auswanderung beweist, dass die luxemburgische Gesellschaft durch das Wohnkostenproblem und durch die mangelnde soziale Kohäsion offensichtlich zerbröselte. Für das Land und seine Politik ist diese Entwicklung ein Armutszeugnis, eine Bankrotterklärung, sozusagen ein nationaler Selbstmord auf Raten.

Paul Zimmer

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu | [f /b-immobilier](#)

Mir sichen Terrainen
an al Haiser fir ze
renovéieren oder fir nei
Immobilieprojeten ze
realiséieren



IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS



CAMPS LINGUISTIQUES 2018 AU LUXEMBOURG

► **LANGUE :** français, allemand et anglais
► **ÂGE :** pour les 7-17 ans
► **LES DATES :**

► 08.07.18 – 14.07.18 Camp allemand (Schengen)	► 05.08.18 – 11.08.18 Camp français (Lultzhausen)
► 15.07.18 – 21.07.18 Camp français, équitation (Luxembourg-Ville)	► 12.08.18 – 18.08.18 Camp français (Lultzhausen)
► 22.07.18 – 28.07.18 Camp français, Arts : théâtre, cirque, magie (Lultzhausen)	► 12.08.18 – 18.08.18 Camp anglais (Echternach)
► 29.07.18 – 04.08.18 Camp français avec ou sans nuitée (Esch sur Alzette)	► 19.08.18 – 25.08.18 Camp anglais (Echternach)
	► 19.08.18 – 25.08.18 Camp allemand (Schengen)

BERLITZ LUXEMBOURG
89-93, Grand-Rue
1661 Luxembourg
Tel. +352 26 38 32 48
kids@berlitz.lu
www.berlitz.lu

Réservez un Berlitz Holiday Group en français, allemand ou anglais en même temps qu'un camp, et bénéficiez de **10% de remise** sur le montant total ! Pour tout renseignement, merci de contacter le numéro suivant :
+352 26 38 32 48





CGFP



**Ihre
Berufs-
vertretung**



BEAUCOUP VOUS PROPOSENT
DES CUISINES, CHEZ EFFETI
NOUS VOUS FERONS CELA :



Effeti
CUCINE UNICHE




Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

Eine unbestreitbare und doch sträflich unterschätzte Entwicklung

Bald sind wir tagsüber zu 800.000 Menschen im Land, davon über 600.000 Einwohner und fast 200.000 Grenzgänger

Politisch gesehen steht uns nun offensichtlich eine solide Wachstumsdebatte ins Haus, beflügelt von einem Vorwahlkampf, der diesmal besonders frühzeitig gestartet wurde. Weil aber die unterschiedlichen Parteien für viele Probleme durchaus ähnliche Lösungen anbieten, und die breite Öffentlichkeit nicht mit komplexen Diskussionen über Einzelheiten und Nuancen zu begeistern ist, wird es wohl für niemanden leicht werden, ein griffiges Wahlkampfmotto zu finden. Und deswegen werden sich wohl so manche populistische Versuche in Form simpler Patentlösungen einstellen, welche der Komplexität der Materie aber nicht gerecht werden.

In Wirklichkeit ist es jedoch so, dass das tägliche Verkehrschaos in den Stoßzeiten die Verantwortung aller politischen Entscheider der letzten Jahrzehnte ist. Sogar jener aus der jeweiligen Opposition, denn diese haben stets besonders laut und undifferenziert behauptet, die Regierung gebe zu viel Geld aus, obschon diese, wie heute eindeutig feststeht, nicht ausreichend investierte.

Und für das Desaster in Sachen Wohnpreise gelten die nämlichen Vorwürfe einer Tatenlosigkeit auf breiter Front. Statt aber die akuten, wachstumsbedingten Probleme resolut anzugehen, servierte man dem Publikum ein unsinniges und überflüssiges, intergenerationelles Sparschwein, und huldigte jener ominösen Rentenmauer, die sich plötzlich auf eine spektakuläre Weise vom Jahr 2031 auf das Jahr 2053 verschoben hat, ohne dass dem Publikum das richtig mitgeteilt und erläutert wurde.

Die Suppe, die wir heute angeblich als Wachstumskonsequenz auslöffeln müssen, ist keine plötzliche und unerwartete Naturkatastrophe, denn sie wurde uns von den Entscheidungsträgern des Landes durch einen langjährigen Mangel an Einsicht und Vernunft eingebracht. Jeder weiß das, aber kaum einer sagt es. Und man sollte nun nicht im Nachhinein diverse Experten als Sündenböcke hinstellen. Denn diese wurden nicht in die politische Verantwortung gewählt. Und ohnehin liefern Experten besser nur, was von ihnen erwartet wird und wofür sie be-

zahlt werden. Ansonsten wird ihre unangenehme Meinung stillschweigend schubladisiert.

Vielmehr sollten die Politiker jeglicher Couleur heute eingestehen, dass sie, beschäftigt mit diskutablen bis unsinnigen Spar- und Zukunftspaketen, es unterlassen haben, „fonction publique“ zu lesen. Hier werden sie nämlich seit 15 Jahren ständig und nachdrücklich beschuldigt – und das lässt sich auch heute noch nachlesen – das Tempo des Wirtschaftswachstums fahrlässig zu unterschätzen, genau wie den Rhythmus der demografischen Entwicklung, der Einwanderer- und Grenzgängierzahlen, der realen Steuereinnahmen, des Bedarfs an Infrastrukturen aller Art und so weiter.

Nachdem nun das Wachstum endlich doch als Diskussions- und Streitthema entdeckt wurde, müssen wir allerdings befürchten, dass man zu diesem Motiv viel leeres Stroh dreschen und noch mehr Unfug reden wird. Darauf deutet jedenfalls die sich bereits abzeichnende Tatsache hin, dass man es nicht für notwendig erachtet, vor dem Disput die präzise Lage gewissenhaft zu erkunden und die feststellbaren Trends zur Kenntnis zu nehmen.

Denn Spitzenpolitiker, einschließlich diverse Regierungsmitglieder, reden auch im Jahre 2018 immer noch von 590.000 Einwohnern oder gar von weniger, obschon bereits die 600.000-er Marke überschritten wurde, ohne dass deswegen irgendjemand viel Aufhebens gemacht hat. Und heute, wo die Statistiken 190.000 Grenzgänger aufweisen, ist es noch immer genauso falsch – ob in Paris oder Luxemburg – von 180.000 zu reden, der Zahl aus dem Herbst 2016. Solche irrigen Äußerungen beweisen gerade bei Menschen, die sich für kompetent und informiert halten, eine beängstigende sachliche Unwissenheit selbst der allerelementarsten Fakten des Dossiers.

Die reale Entwicklung und ihre rasante Dynamik schaffen es offensichtlich nicht, in die trägen Köpfe süffisanter Würdenträger einzudringen. Wer sich aber zu einem populären Thema öffentlich äußert, ohne die Grunddaten zu beherrschen, der beweist nur, dass es ihm

oder ihr nur um die eigene Selbstinszenierung geht und nicht um die Lösung des jeweiligen Problems.

Wir liefern untenstehend ein paar Grafiken, die vor allem auch zeigen, dass das angesprochene Problem keineswegs neu ist, sondern auf einer langjährigen und bemerkenswerten konstanten Entwicklung beruht. Doch nicht das Wachstum, das man allzu lange beim öffentlichen Diskurs ausgeblendet hat, ist das Übel, sondern es sind die jahrzehntelangen politischen Versäumnisse bei den erforderlichen Begleitmaßnahmen.

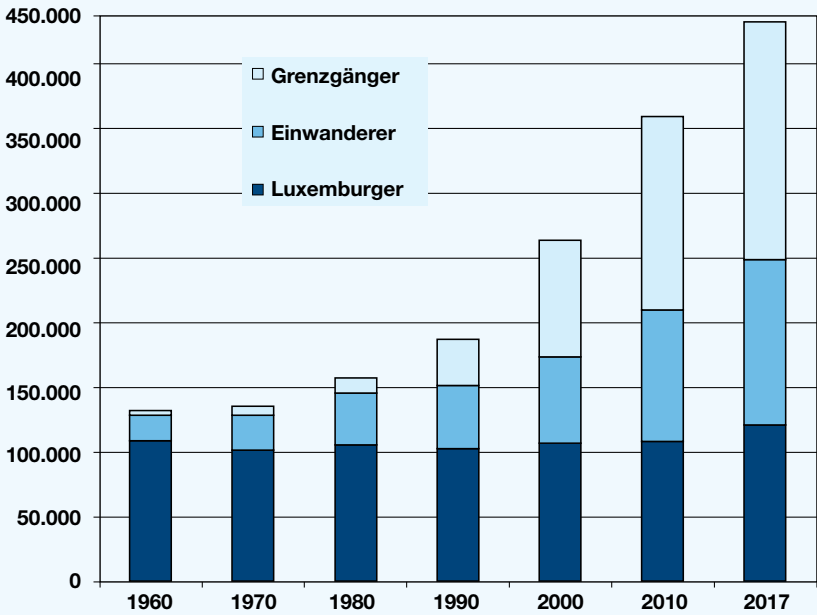
Also bitte keine falsche Diagnose! Denn das führt unweigerlich zu einer falschen Therapie. Gelangt man nicht zur Einsicht, dass sich politisch geirrt wurde, und dass deswegen politisch falsch gehandelt wurde, erhalten wir keine objektive und vernünftige Dis-

kussion und erreichen keine optimale Wachstumsstrategie. Nicht die Grenzgänger und Immigranten oder gar die Flüchtlinge, und auch nicht ein Joghurthersteller, Google oder Brexit haben die gravierenden Infrastrukturdefizite und die horrenden Grundstückspreise zu verantworten.

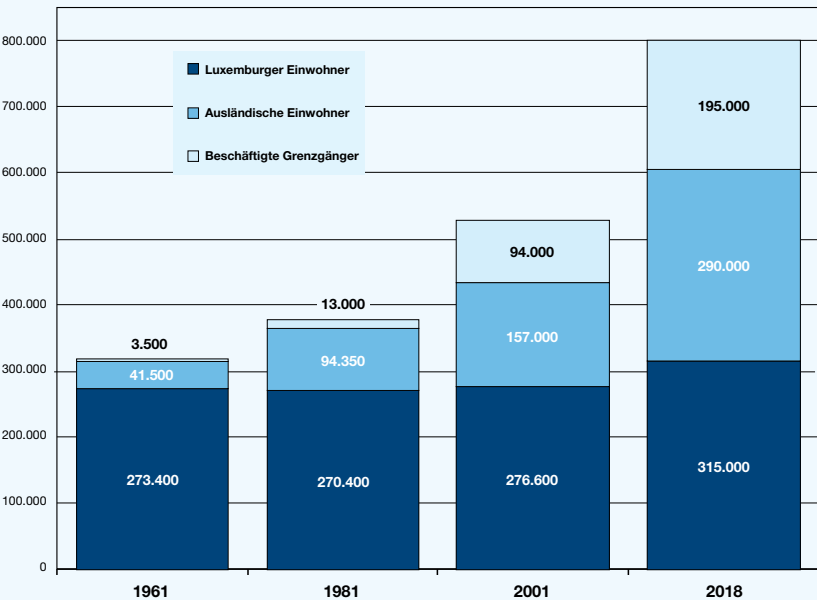
Ob man unser überschäumendes Wachstum nun bremsen sollte, und ob und wie man das schaffen könnte, wenn man es denn wollte, derartige Fragen liefern uns vielleicht eine interessante Debatte. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, dass wir selbst bei einem sofortigen Nullwachstum noch jahrelang voll ausgelastet wären, um die angehäuften Planungsdefizite aufzuarbeiten und ihre künftigen Folgen nachhaltig abzubauen.

P.Z.

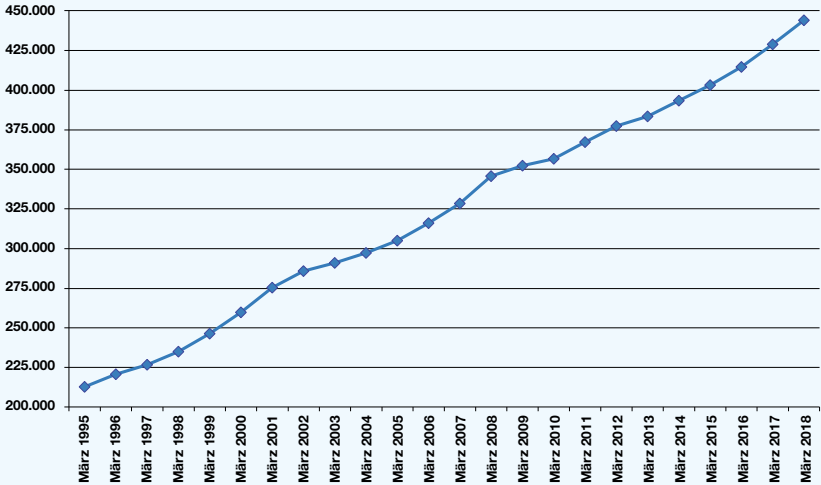
Die Beschäftigtenzahl hat sich binnen 50 Jahren verdreifacht



1960 zählte Luxemburg 300.000 Einwohner. Heute leben tagsüber fast 800.000 Menschen im Land, darunter 200.000 Pendler



In 23 Jahren wurden mehr als 230.000 Arbeitsplätze geschaffen



Tel.: 27 04 28 01 | Fax: 27 04 28 99

Die mit Abstand günstigsten Versicherungstarife im Lande (ob für Wohnung oder Auto) sind strikt den CGFP-Mitgliedern vorbehalten und nur über CGFP-Assurances erhältlich.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2018

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspahren Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspahren Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauspahren Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35% oder sogar 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauspahren Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungs-

plan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Falls Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen wollen oder noch unentschieden sind, so bietet sich BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Mit der Umsetzung der Steuerreform werden weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung erwartet. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Gartenwege: Der gute Auftritt entscheidet



Der erste Eindruck zählt: Beleuchtete Gartenwege schaffen nicht nur mehr Sicherheit, sie weisen den Besuchern auch den richtigen Weg. Aus Stein oder Holz angefertigt sind sie wichtige Gestaltungselemente.

Wege prägen das Gartenbild. Damit sie bei jedem Wetter sicher zu betreten sind, sollten

Gartenbesitzer für Hauptwege einen rauen, stabilen Belag wählen. Mit einer geschickten Wegeführung können sie je nach Größe des Gartens interessante Blickachsen gestalten. Gerade Linien vermitteln eine moderne, klare Struktur, geschwungene Pfade wirken verspielter. Auch auf die Materialien kommt es an. So ist Beton heute in vielen verschiedenen Farben und Formen erhältlich und eine preiswerte Alternative. Gartenwege aus Naturstein, wie Granit oder Terrakotta, überzeugen durch Nachhaltigkeit und natürliches Aussehen, sind aber in der Regel wesentlich teurer. Wer eine rustikale und authentische Optik bevorzugt, liegt bei Gartenwegen aus Holz richtig. Es lässt sich einfach verarbeiten, ist aber nur begrenzt haltbar.

Licht setzt Akzente

Von entscheidender Bedeutung ist auch die Beleuchtung. „Eine gute Beleuchtung und Bewegungsmelder schützen vor Unfällen sowie unliebsamem Besuch“, sagt Rüdiger Grimmert von der BHW Bausparkasse. Elektroarbeiten sollten von Handwerkern ausgeführt werden, damit eine Garantie besteht.

Carport oder Garage – was ist preiswerter?



Viele PKW-Besitzer wünschen sich einen geschützten Stellplatz für ihr Auto. Der Bau von Garage oder Carport steigert auch den Wert einer Immobilie.

Schaut man nur auf den Preis, haben Carports die Nase vorn: Mit Kosten ab 500 Euro im Selbstbau sind sie um rund 2.000 Euro billiger als Fertiggaragen. Doch preisgünstig ist ein Bau zum Schutz des Autos nur, wenn er lange hält und den Witterungseinflüssen trotzt. „Sowohl Carports als auch Garagen bieten ausreichend Schutz vor Sonne und Niederschlag. Aber die Garage punktet

durch mehr Funktionalität und einen Rundumschutz, der auch harten Frost abhält“, so Bernd Neuborn von der BHW Bausparkasse. Für Versicherungen fällt zudem die höhere Sicherheit gegen Vandalismus und Diebstahl ins Gewicht. In die Gesamtrechnung fließen neben den Baukosten aber auch ökologische Aspekte ein. Fakt ist, dass Carports mehr Fläche für Outdoor-Vergnügen bieten und auch bezüglich der Bodenversiegelung Vorteile besitzen. „Mit Dachbegrünung oder einem Solardach können Hausbesitzer ihre Garage oder den Carport deutlich aufwerten“, betont Neuborn.

Kochinseln mit Aussicht



In modernen Neubauten dominiert heute die offene Wohnküche. Der Trend geht einher mit großräumigen Grundrissen, die Wohnen und Kochen als Einheit ermöglichen. Immer beliebter werden Kochinseln, die in den Wohnraum hineinragen. Mindestens 15 Quadratmeter Fläche benötigt eine moderne Kochinsel, platzsparender ist die Kochhalbinsel. Sie lässt sich bereits auf einer Fläche von 10 Quadratmetern umsetzen. Hier schließen an die Wand grenzende Küchenzeile und Inselblock miteinander ab. Viele Hersteller bieten höhenverstellbare Abzugshauben und effiziente Muldenlüftungen an. Auch optisch integrieren sich die Kochinseln in den Wohnraum. Glatte Fronten oder Holzverkleidungen sowie Abzugshauben in Lampenoptik garantieren eine wohnliche Atmosphäre. Die Arbeitsplatten dienen als Tresen oder Esstisch. Schon während des Kochens kann man sich so entspannt unterhalten.

Werden Sie noch heute Mitglied



Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse Médico-Complémentaire Mutualiste“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweechelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:

CGFP
Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Vos projets
ont de l'avenir



Charlotte,
future
présidente d'association

Louis,
futur
artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



**BGL
BNP PARIBAS**

La banque d'un monde qui change

bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014

Luftfahrtüberwachung in schwindelerregender Höhe

Klassenerster in einem harten Wettbewerb

Seit Oktober 2017 steht mit John Santurbano erstmals ein Luxemburger an der Spitze des „Maastricht Upper Area Control Centre“

Vor uns befindet sich ein langer Korridor. Kräftige Farben vermitteln einen durchaus freundlichen Eindruck. Hinter den halb geöffneten Türen an der einen Seite des Flurs stehen Betten und Nachttische, vergleichbar mit recht funktionell gehaltenen, aber dennoch eher spärlich eingerichteten Schlafzimmern. Eine Tafel am Ende des Korridors mit der Aufschrift „Quiet Please“ erinnert daran, dass in diesem Teil des Gebäudes absolute Ruhe herrschen soll.

Auch andere Einrichtungen in dem rund 12 km vom Maastrichter Stadtzentrum entfernt gelegenen Gebäude – eine Basketballhalle, Billardtische, Lesesegelegenheiten sowie ein Yoga- und ein Musikraum – erwecken den Eindruck, dass wir uns in einem Erholungsbereich befinden. Es handelt sich hierbei aber um eine Einrichtung, in der nicht nur rund um die Uhr gearbeitet wird, sondern wo den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch noch vollste Konzentration abverlangt wird. „Wir möchten unseren Beschäftigten ein hohes Maß an Möglichkeiten zur Verbesserung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz bieten. Bei einem derart anstrengenden und verantwortungsvollen Job ist das von absoluter Wichtigkeit“, heißt es zur Begründung.

Doch die Ruhe, die uns in diesem Gebäudeteil vermittelt wird, trügt. Ganz anders geht es nämlich zur selben Zeit in dem nahegelegenen „Operation room“ zu. Obwohl es auch hier verhältnismäßig ruhig ist, sitzen in dem großflächigen Raum bis zu 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Plätzen, teilweise mit Headsets ausgestattet, und werfen ein kritisches, vor allen Dingen aber ein wachsames Auge auf die großen Bildschirme vor ihnen.

Wir befinden uns an diesem Mittwochnachmittag im Hauptsitz des „Maastricht Upper Area Control Centre“, kurz MUAC genannt, am Stadtrand von Maastricht. Eurocontrol, nach eigener Darstellung eine „internationale Organisation zur zentralen Koordination der Luftverkehrskontrolle in Europa“, verfolgt als oberstes Ziel „die Entwicklung eines nahtlosen, europäischen Flugverkehrsmanagementsystems, das unter Beibehaltung eines hohen Sicherheitsniveaus, Reduzierung der Kosten und Schonung der Umwelt dem ständig wachsenden Flugverkehr Rechnung tragen soll“. Dieses Kontrollorgan unterhält in unmittelbarer Nähe zum Maastricht-Aachen-Airport das „Maastricht Upper Area Control Centre“ mit der Zielvorgabe, den oberen Luftraum der Benelux-Länder sowie Nordwestdeutschlands zu überwachen.

Ein harter, aber begehbarer Weg

Unser Besuch in Maastricht hat aber einen ganz bestimmten Grund: Mit John Santurbano steht seit der Gründung des MUAC im Jahre 1972 nicht nur ein erfahrener Luftfahrtexperte, sondern erstmals ein Luxemburger als Direktor an der Spitze des Maastrichter Kontrollzentrums.

Der Name John Santurbano ist in der Luftfahrt längst zum Begriff geworden. Zu den Meilensteinen seiner 27-jährigen beruflichen Karriere bei der Flughafenverwaltung in Luxemburg zählten u.a. die Übernahme der Leitung des Wetter-



Mit John Santurbano, erfahrener Luftfahrtexperte, bekleidet seit Oktober 2017 erstmals ein Luxemburger den verantwortungsvollen Direktionsposten des „Maastricht Upper Area Control Centre“, der europäischen Luftaufsichtsbehörde in Maastricht

dienstes auf dem Findel. Später folgten die Aufsicht über die verwaltungseigene Zertifizierungsabteilung und die Leitung der Personalabteilung. Als vorläufiger Höhepunkt seiner beruflichen Laufbahn gilt nach wie vor seine Ernennung zum Verwaltungschef der „Administration de la Navigation Aérienne“, kurz ANA, die er viele Jahre lang mit viel Sachverstand, Herz und Wissen leitete und – um im Flugjargon zu bleiben – zeitweilig auch durch turbulente Zeiten führte – dies alles, ohne dass der menschliche Faktor dabei jemals zu kurz gekommen wäre. Parallel zu seinen beruflichen Pflichten stand John Santurbano der Personalvertretung der ANA über einen Zeitraum von rund zehn Jahren vor. In dieser Zeit machte er sich, zusammen mit seinen engsten Vertrauten und mit Unterstützung der CGFP, entschieden für die Belange der ANA-Mitarbeiter und den zeitweilig in Frage gestellten Fortbestand der ANA als staatliche Verwaltung stark.

Es war demnach ein harter, aber begehbarer Weg bis zum Direktionsposten des „Maastricht Upper Area Control Centre“. Die Prozedur sieht vor, dass einer der vier genannten Staaten – Belgien, die Niederlande, Luxemburg oder Deutschland – im Fünf-Jahres-Rhythmus einen Kandidaten für diesen verantwortungsvollen Posten vorschlägt. Es war im Übrigen das erste Mal, dass auch Luxemburg mit John Santurbano einen Bewerber ins Rennen schickte. Das Auswahlverfahren hat sich über nicht weniger als neun Monate hingezogen, von der Bewerbung bis hin zur tatsächlichen Ernennung mit Wirkung zum 1. Oktober 2017. Eine der Herausforderungen bestand schlicht darin, bei den teilnehmenden Mitgliedsstaaten vorzupreschen und sie davon zu überzeugen, dass der Bewerber über die für dieses Amt erforderlichen Fähigkeiten verfüge. Dabei wurden sowohl die menschlichen Fähigkeiten als auch das fachliche Können in Bezug auf das operative Geschäft in Betracht gezogen.

Dass die Bewerbung aus Luxemburg letztendlich positiv begutachtet wurde, führt John Santurbano insbesondere auf seine 27-jährige Erfahrung in der Luftfahrt zurück, in der er, wie vorhin erwähnt, in den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern aktiv war.

Dass in Maastricht in der Tat eine verantwortungsvolle Aufgabe auf den neuen Di-

rektor wartete, davon zeugen die jüngsten bei unserem Besuch vorgelegten Zahlen: Demnach beschäftigt das MUAC derzeit über 660 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus nicht weniger als 29 verschiedenen Ländern. Rund die Hälfte davon hat die Ausbildung zum Fluglotsen erfolgreich bestanden, die andere Hälfte setzt sich weitgehend aus hausinternen Ingenieuren zusammen, die eigene Programme und Systeme, zugeschnitten auf die spezifischen Bedürfnisse der Flugüberwachung, entwickeln und somit Hand in Hand mit den Fluglotsen zusammenarbeiten.

Dass das Auswahlverfahren bei den Fluglotsen recht streng ist, auch das belegen die neusten Zahlen. Im Schnitt werden lediglich vier Prozent der Bewerber für diese verantwortungsvolle Aufgabe zurückbehalten. Voraussetzung ist zunächst

einmal ein bestandenes Abitur, gefolgt von einer zweijährigen Zusatzausbildung an der ENAC in Toulouse. Wer beim MUAC arbeiten möchte, muss Englisch, ohnehin die Sprache der Luftfahrt, auf höchstem Niveau beherrschen, er darf das Multitasking (Aufgabenvielfalt) nicht scheuen und muss – Zitat – „in der Lage sein, dreidimensional zu denken.“ Und das alles wohl aus gutem Grunde: Immerhin überwacht das MUAC einen Luftraum von ganzen 260.000 Quadratkilometern, wobei in einem einzigen Flugkorridor nicht weniger als 80 Flugzeuge pro Stunde durchgeschleust werden. Insgesamt ergibt das ein Total von über 5.800 Fliegern an einem Tag. Damit stößt das „Centre“ auch allmählich an seine natürlichen Grenzen, umso mehr, seit neben der zivilen auch Bereiche der militärischen Luftfahrt in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Das Invest liegt im Übrigen bei rund 160 Millionen Euro im Jahr, wohl wissend, dass fast 3,5 Mal so viel im Jahr erwirtschaftet wird. Der Überschuss fließt dann an die vier teilhabenden Staaten zurück.

Operative Sicherheit

Auf die größten Herausforderungen in seiner fünfjährigen Amtszeit als Direktor des „Maastricht Upper Area Control Centre“ angesprochen, antwortet John Santurbano kurz, aber präzise: „Meine Aufgabe wird es sein, die vier teilhabenden Staaten zufriedenzustellen und gleichzeitig die operative Sicherheit und den Fortbestand des Zentrums in einem harten Wettbewerb sicherzustellen.“ Die Zielsetzung sei damit gegeben, nämlich in einem schwierigen Umfeld weiterhin Klassenerster zu bleiben.

s.h.



Joseph Wagener, luxemburgischer Ex-Kommandant im Koreakrieg, erinnert sich:

Die Schrecken des vergessenen Krieges

Am 12. Juni soll ein Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un in Singapur stattfinden, nachdem zuvor monatelang ein Krieg der Worte zwischen Nordkorea und den USA getobt hatte. Diese Kehrtwende steht in scharfem Kontrast zu Trumps Äußerungen des Vorjahres. Damals hatte der Chef des Weißen Hauses noch lauthals verkündet, Amerika werde nicht zögern, Nordkorea auszulöschen, falls das Regime weiterhin auf Eskalation setze. Nordkorea ließ sich nicht beeindrucken, testete neue Raketen und behauptete seine atomaren Sprengköpfe könnten inzwischen das US-Festland erreichen.

Der US-Präsident stempelte zunächst seinen nordkoreanischen Widersacher als „Wahnsinnigen“ ab und machte sich öffentlich über den „kleinen Raketenmann“ aus Pjöngjang lustig. Die permanenten Spannungen zwischen beiden Nationen schürten in den folgenden Monaten weltweit die Angst vor einem neuen Konflikt. Die USA drohten Nordkorea mit einem Erstschiß, Pjöngjang erwiderte mit der Drohung eines „totalen Krieges“. Inzwischen stehen die Zeichen zusehends auf Entspannung. Dabei wird nicht an Symbolik gespart: Beim jüngsten Koreagipfel im Grenzdorf Pammunjom nahm der nordkoreanische Staatschef Kim den Präsidenten des Südens bei der Hand, um ihn über die Demarkationslinie zwischen beiden Ländern zu führen. Dieses Ereignis wird in die Geschichtsbücher eingehen.

Dennoch bleibt die jüngste Entwicklung mit Vorsicht zu genießen, da niemand mit Sicherheit ausschließen kann, dass Nordkorea das gleiche Staatsziel verfolgt, das bereits zuvor der Vater und der Großvater des heutigen nordkoreanischen Autokraten vor Augen hatten: Ihr Regime auf ganz Korea auszudehnen. Mit dieser Absicht griff bereits Stalins Allierter Kim Il Sung, Herrscher des kommunistischen Nordkorea, am 25. Juni 1950 den Süden an und löste so den Koreakrieg aus. Seine Truppen hatten die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades überschritten, die Korea seit dem Zweiten Weltkrieg in zwei Hälften teilt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilte die nordkoreanische Aggression aufs Schärfste und billigte eine militärische Intervention unter amerikanischem Oberkommando. Die UN-Mitgliedsstaaten wurden dazu aufgerufen, die südkoreanische Republik und die US-Truppen insbesondere mit Bodentruppen zu unterstützen. 16 Länder folgten dem UN-Appell und schickten meist freiwillige Soldaten nach Korea.

85 Freiwillige wurden rekrutiert

Auch Luxemburg, dessen Wunden aus dem Zweiten Weltkrieg nach einer vierjährigen Besatzung durch die Nazis noch nicht ganz verheilt waren, leistete damals als junges Mitglied der Vereinten Nationen seinen Beitrag und entsandte insgesamt 85 freiwillige Soldaten nach Korea. Sie wurden in das belgische, etwa 1.000 Mann starke UN-Bataillon „Belgian United Nations Command“ (BUNC) integriert.

Bis heute war der Koreakrieg der einzige Krieg an dem die Luxemburger Armee nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv teilgenommen hat. Sie zahlte dafür einen hohen Preis: Mit Caporal Roger Stutz und Sergeant Robert Mores gab es auf luxemburgischer Seite zwei Todesopfer zu beklagen. 13 weitere Soldaten wurden im Kampf verletzt, 6 weitere durch Unfälle.

Als die luxemburgische Regierung 1950 ein erstes Mal in der Presse für den UN-Einsatz in Korea geworben hatte, meldeten sich rund 300 Freiwillige. Nach der strengen Ausmusterung

Korea steht erneut im Fokus

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un will ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Südkorea aufschlagen. Beim historischen Gipfel mit Südkoreas Präsident Moon Jae In versprach der gewiefte Taktiker einen vollständigen Abbau seines Atomwaffenprogramms und ein Ende der Feindseligkeiten gegenüber Südkorea. Somit wurde die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Konflikts zwischen Nord- und Südkorea geweckt, nachdem zuvor jahrzehntelange Spannungen herrschten.

Alles begann am 25. Juni 1950, als nordkoreanische kommunistische Truppen den 38. Breitengrad überschritten und Südkorea überfielen. 16 Nationen, darunter auch Luxemburg, folgten damals einem UN-Appell und schickten ihre Truppen nach Korea, um den Frieden wiederherzustellen. Die 85 luxemburgischen Freiwilligen wurden in zwei Kontingente aufgeteilt. Der Einsatz forderte zwei Todesopfer. Der heute 93-jährige Ex-Kommandant des ersten Kontingents, Joseph Wagener, erinnert im Gespräch mit „fonction publique“ an die Schrecken des „vergessenen Krieges“.

wurden letztendlich 43 Freiwillige für einen einjährigen Einsatz in Korea zurückbehalten. Einer von ihnen war der heute 93-jährige Joseph „Tun“ Wagener. Er wurde damit beauftragt, das erste luxemburgische Kontingent zu leiten. Ihm zur Seite standen ein „Warrant Officer“ und vier Unteroffiziere, alle mit alliierter Weltkriegserfahrung.

Als Nordkorea am 25. Juni 1950 in den Süden einmarschiert war, besuchte Wagener noch die französische Militärschule Saint-Cyr in der Bretagne. Der frisch ausgebildete Offizier erfuhr morgens beim Frühstück im Radio von Pjöngjangs Aggression. Zu dem Zeitpunkt wusste er nicht einmal, wo sich Korea auf der Weltkarte befindet.

„Die reinste Katastrophe“

Fragt man Joseph Wagener heute, was ihn damals dazu bewog, als 25-Jähriger freiwillig in den Koreakrieg zu ziehen, lässt die Antwort nicht lange auf sich warten: „Ich hatte Anteilnahme für die Südkoreaner empfunden, die ihrem Gegner restlos ausgeliefert waren.“ Sein erster Gedanke sei es gewesen, selbst Hand mit anzulegen, damit das südkoreanische Volk seine Freiheit wiedererlangen könne. Zudem habe er Erlebniserwartung verspürt. Als angehender Leutnant habe er auch das Bedürfnis gehabt, im Rahmen von UN-Einsätzen Kriegserfahrung für seine weitere berufliche Laufbahn zu sammeln.

Seiner Familie erzählte Wagener damals nichts von seinem Vorhaben. Spricht man ihn jetzt darauf an, huscht ein verschmitztes Lächeln über sein Gesicht: „Meine Familie, insbesondere meine Mutter, hätte dann versucht auf mich einzureden, es besser bleiben zu lassen“. Von seiner Abreise erfuhren seine Familienangehörigen deshalb erst

aus der Zeitung. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Joseph Wagener bereits nicht mehr in Luxemburg auf.

Am 2. Oktober 1950 hatte Prinz Félix im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Kasernenhof des Heilig-Geist-Plateaus die Luxemburger Soldaten verabschiedet. Das 43 Mann starke 1. Detachement wurde mit Lastwagen in das belgische Trainingscamp von Beverloo (Provinz Limburg) gebracht. Dort führte die Einheit von Joseph Wagener mit den Freiwilligen des belgischen Militärkorps mehrwöchige Übungen durch, um sich auf ihren gemeinsamen Korea-Einsatz vorzubereiten. „Die Ausbildung war ausgesprochen hart. Wir wurden auf kritische Situationen vorbereitet, was uns später in manchen Einsätzen sehr hilfreich war“, blickt der Ex-Kommandant zurück.

Anschließend ging es am 18. Dezember 1950 mit einem uralten Ozeandampfer, den die Belgier als Truppentransporter umgebaut hatten, nach Korea. Die „Kamina“ stach von Antwerpen aus in See. „Die Reise war die reinste Katastrophe! Sie können sich nicht vorstellen, was die Belgier uns damals zugemutet haben“, erinnert sich Wagener. Obwohl die Niederländer ihre Hilfe für den Truppentransport angeboten hatten, wollten die Belgier partout die Reise mit ihrem „schwimmenden Sarg“ antreten.

Patrouillen durch Minenfelder

Nach qualvollen sechs Wochen ging der Horrortrip endlich zu Ende. Bei der Ankunft am 31. Januar 1951 in der Hafenstadt Pusan im Süden der koreanischen Halbinsel wurde das UN-Bataillon von den koreanischen Behörden unter der musikalischen Begleitung einer Jazz-Band empfangen.



Kommandant Joseph Wagener nimmt bei der Abschiedszeremonie im Kasernenhof des Heilig-Geist-Plateaus die Glückwünsche von Prinz Félix (rechts) entgegen.

Die Soldaten befanden sich in einem erbärmlichen physischen Zustand. Auch ihre militärische Ausrüstung hatte unter den Folgen der Reises Strapazen arg gelitten. Das belgische UN-Bataillon, dem die Luxemburger angehörten, wurde zunächst in einem Trainingslager („United Nation Reception Center“) untergebracht. Dort wurden die Freiwilligen von den Amerikanern neu ausgestattet. „Da noch Winter herrschte, erhielten wir weiße Parkas, um auf Patrouille zu gehen“, so Wagener. Anschließend begann erneut eine schonungslose Ausbildung.

Die militärische Lage vor Ort war zu jenem Zeitpunkt ziemlich verfahren. Seoul befand sich seit dem 4. Januar 1951 in den Händen der Kommunisten. Im Oktober 1950 hatten sich die Chinesen in den Konflikt eingeschaltet und versucht die UN-Kräfte zurückzudrängen.

Die Offensive der Chinesen, die bis Waegwan am Naktong vorgedrungen waren, wurde am 15. Januar erfolgreich gestoppt. Am 25. Januar starteten die UN-Truppen eine breit angelegte Gegenoffensive.

Nach einem einwöchigen Trainingscamp rund 10 Km nördlich von Pusan wurden die Luxemburger Soldaten zusammen mit ihren belgischen Kollegen nach Waegwan (200 Km von Seoul entfernt) verlegt, wo sie ein Zeltlager aufschlugen. Das Bataillon wurde in die dritte amerikanische Infanteriedivision eingegliedert. Seine Mission war es, die Eisenbahn und das Straßennetz zu überwachen. Gleichzeitig wurden die Soldaten damit beauftragt, feindliche Angreifer ausfindig zu machen, die bei der UN-Gegenoffensive von ihren Einsatzbasen abgeschnitten worden waren und nun eine Art Guerillakrieg führten. „Bei unseren Patrouillen ging es durch Minenfelder und wir stießen dabei auf die Überreste der nordkoreanischen T34-Panzer und Artilleriestellungen, die die Amerikaner mit ihren Kampfjets zerstört hatten“, weiß Wagener zu berichten.

Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung

Die von ihren Einheiten isolierten Nordkoreaner überfielen zahlreiche Dörfer. „Wenn wir ankamen, hatten sich die Gegner regelmäßig schon aus dem Staub gemacht“, unterstreicht der Kriegsveteran. Bei ihren Aufklärungsmissionen gerieten die Luxemburger oft in Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung, alles arme Bauern, deren wenige Habseligkeiten täglich von den nordkoreanischen Soldaten geplündert wurden.

Anfang März rückte das belgische UN-Bataillon zum Fluss Han vor. Dort wurden vorwiegend Beobachtungsposten besetzt und nächtliche Patrouillen durchgeführt. Die chinesischen Einheiten griffen vorwiegend nachts an und gingen dann wieder blitzschnell in Deckung. Der Stellungskrieg am Fluss Han setzte sich bis zum 21. März fort.

Nachdem die UN-Truppen inzwischen Seoul zurückerobert und den 38. Breitengrad überschritten hatten, wurde das belgische UN-Bataillon, dem auch die Luxemburger angehörten, am 5. April 1951 in die 29. britische „Independent Brigade“ eingegliedert und am nördlichen Ufer des Flusses Imjin stationiert.

In diesen Tagen gab es erste Anzeichen auf einen möglichen Rückzug des Feindes. Gefangene berichteten hingegen regelmäßig von einer Großoffensive. Die Chinesen und die Nordkoreaner verfügten zu diesem Zeitpunkt über wesentlich mehr Soldaten als die UN-Streitkräfte. Das riesige Soldaten-Reservoir aus dem chinesischen Hinterland diente als „Kanonenfutter“ an der Front in Korea. Die UN-Befehlshaber versuchten indes die menschlichen Verluste auf ein Minimum zu reduzieren.

Das BUNC-Bataillon befand sich nun mit den britischen „Gloucesters“ in vor-

derster Linie. Spähtrupps hielten hinter dem Imjin Ausschau. Die Nacht vom 12. auf den 13. April 1951 wird dem Kommandanten des ersten luxemburgischen Kontingents für immer tief im Gedächtnis eingeprägt bleiben. Mit einer sieben Mann starken Patrouille, darunter vier Luxemburger und drei Belgier, suchte Joseph Wagener die Gegend nördlich von Seoul am Fluss Imjin nach Feinden ab.

Dabei ging es ihm darum, herauszufinden, auf welche Stellungen sich der Gegner zurückgezogen hatte. Wagener marschierte mit seinen Leuten durch die Täler dieses Niemandslandes. Dank der Luftaufnahmen, die er mit Hilfe eines Stereoskops angepasst hatte, gelang es dem gewieften Leutnant, in seinem Einsatzbereich den Gegner tatsächlich ausfindig zu machen.

Ein glücklicher Zufall

„Die Chinesen griffen uns mit Handgranaten und aufgepflanzten Seitengewehren an. Wir mussten uns nur wenige Meter von ihren Schützengräbern entfernt aufhalten haben“, erzählt Joseph Wagener. Danach zog er sich mit seinen Leuten zurück, da zu dem Zeitpunkt unklar war, mit wie vielen gegnerischen Soldaten sie es zu tun hatten. Das Glück stand jedoch auf ihrer Seite. Die Chinesen setzten ihnen nicht weiter nach. Außer ein paar gebrochenen Rippen, die sich ein Soldat bei einem Sturz zugezogen hatte, war nichts Gravierendes passiert.

Sofort nach seiner Rückkehr meldete Kommandant Wagener die chinesische Stellung bei der Kommandozentrale der 29. britischen Brigade. Für diesen Coup, der zuvor trotz mehrfacher Versuche niemandem gelungen war, erntete Wagener viel Lob und Anerkennung. Für seine Tapferkeit wurde er später mit der amerikanischen Auszeichnung „Bronze Star“ geehrt.

Die Tatsache, dass es im ersten luxemburgischen Kontingent bei diesen Operationen keine Todesopfer zu beklagen gab, ist unter anderem einem Zufall zu verdanken. Am 22. April 1951 starteten die Chinesen am Fluss Imjin eine Offensive, um Seoul zurückzuerobern. Wagener befand sich zu dem Zeitpunkt in Ruhestellung in Japan und hatte nicht die Möglichkeit, sofort ins Kriegsgebiet zurückzukehren.

Dieser Umstand trug dazu bei, dass die Luxemburger nicht in der vordersten Front zum Einsatz kamen. Als der belgische Kommandant nämlich das Luxemburger Kontingent damit beauftragen wollte, Brücken zu prüfen, die als Fluchtwege in Frage kämen, ließ Wageners Stellvertreter, Adjutant-Major Gauthier Steffen, ein Haudegen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, ihn wissen, dass sich sein Vorgesetzter im Ausland befände und er selbst nicht die Verantwortung für einen derart riskanten Einsatz übernehmen wolle. Der Bataillonchef verzichtete darauf, die Luxemburger einzusetzen.

Behutsam mit der Munition umgehen

Die belgischen Soldaten, die anschließend die heikle Mission übernehmen mussten, kehrten von ihrem Einsatz nicht



Ex-Kommandant Joseph Wagener: „Mir tut es leid, dass der Wagemut und die Verdienste für unseren Korea-Einsatz nie gebührend anerkannt wurden.“

mehr zurück. Sie wurden allesamt von den Chinesen erschossen. Das BUNC hatte 13 Todesopfer und 30 Verwundete zu beklagen. „Unter diesen Umständen ist es leicht erheblichen Schaden erlitten die Stimmung war. Es ist nicht auszu-denken, wie viele Luxemburger Soldaten ihr Leben an jenem Tag verloren hätten. Wir hatten einfach Riesenglück, dass ich mich zum gegebenen Zeitpunkt im Ausland befand“, räumt Wagener ein.

Das belgische UN-Bataillon war nach den erlittenen menschlichen Verlusten nicht mehr voll einsatzfähig. Auch das Material, insbesondere die Lastkraftwagen, hatte erheblichen Schaden erlitten. Die Soldaten, die sich nach der mörderischen Schlacht am Imjin zurückgezogen hatten, stellten sich am Han neu auf. Ihre Aufgabe bestand darin, dafür zu sorgen, dass keine Chinesen oder feindliche Agenten in ihr Gebiet eindringen.

Am 28. Mai nahmen sie wieder ihre ursprüngliche Stellung am Imjin ein und führten hauptsächlich Patrouillen durch. Bis Anfang August wurden Schützengräben auf einer Länge von 1,2 Km angelegt und ein 21 Km langer Stacheldrahtzaun gezogen, sowie Minenfelder angelegt, um den Feind fernzuhalten.

In den darauffolgenden Wochen wurde erbittert um einzelne Stellungen gekämpft. Vor allem die Kampfhandlung „Pile Driver“ hat sich ins Gedächtnis von Leutnant Wagener gebrannt. Am 1. Juni



1951 erhielt seine Einheit den Auftrag, einen Brückenkopf nördlich des Flusses zu errichten. Dabei handelte es sich um ein wahrhaft waghalsiges Unternehmen: Leutnant Wagener und seine Männer gerieten in einen Kugelhagel der gegnerischen Einheiten. Nur durch Rückendeckung von Artillerie und Panzern gelang es ihnen, das südliche Ufer des Flusses heil zu erreichen und dort die Stellung zu halten. In Bedrängnis geraten, gelang es glücklicherweise einen Einsatz der amerikanischen Luftwaffe anzufordern, die dann gezielt in die Kämpfe eingriff.

Nach zwei Monaten am Imjin wurde das belgische UN-Bataillon mit luxemburgischer Beteiligung in die Umgebung von Chorwon verlegt und wieder der 3. amerikanischen Infanteriedivision zugeordnet.

Kurz vor seiner Abreise nahm das luxemburgische Kontingent von Joseph Wagener zwischen dem 7. und dem 12. August an einem UN-Ablenkungsmanöver teil. Die Soldaten, die auf der linken Flanke der Front stationiert waren, sollten die ihnen gegenüberstehende Truppe in Schach halten, damit diese außer Lage war, den chinesischen Einheiten in der Landesmitte Schützenhilfe zu leisten.

Bei ihrer Mission gerieten die Luxemburger mitten in ein gefährvolles Gefecht. Wagener befahl seinen Soldaten, behutsamer mit der Munition umzugehen, da er nicht wusste, wie lange der Kampf



Die Chinesen versuchten ihre mangelhafte Kriegsausrüstung durch ein riesiges Reservoir an Soldaten wettzumachen.

noch andauern würde. „Hätte der Angriff, den wir abzuwehren versuchten, noch eine Stunde länger gedauert, wäre uns die Munition ausgegangen“, betont der Kriegsveteran

Während des Krieges pflegte die „Association des Anciens Combattants 1939-1945“ unter dem Impuls ihres Sekretärs Robert Daleiden regelmäßig Kontakt zu Luxemburgern, die an der Front in Korea ein persönliches Risiko auf sich nahmen. In den zahlreichen Feldpostbriefen, die die Soldaten aus der Hölle in der Ferne gen Heimat schickten, schilderten sie lückenlos ihre erschütternden Kriegserlebnisse.

Kriegsvergehen auf beiden Seiten

Im Koreakrieg wurden auf beiden Seiten schwere Kriegsvergehen verübt. Joseph Wagener sah Dinge, die nicht spurlos an ihm vorbeigingen. Oft wurden Gefangene von chinesischen Soldaten einfach erschossen. Die US-Luftwaffe setzte unterdessen Napalm ein. „Diese Waffe war ein Monster-Flammenwerfer. Täglich sahen wir verkohlte Leichen. Die Menschen, die sich im direkten Umkreis befanden, waren dem Tode geweiht“, fährt Wagener fort. Der Phosphor in den Brandbomben blieb an der brennenden Haut der Opfer haften.

Der US-Oberbefehlshaber MacArthur zog im Koreakrieg in Erwägung, einen mit radioaktivem Kobalt verseuchten Landgürtel zu schaffen. Da Kobalt jahrzehntelang seine tödliche Wirkung behält, wäre dadurch eine Invasion der Nordkoreaner übers Land für mindestens 60 Jahre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. „Von MacArthurs Plänen habe ich erst aus der Presse erfahren, als ich bereits wieder zu Hause war“, versichert Wagener.

Am 25. August zogen sich die ersten Belgier aus Korea zurück. Das erste luxemburgische Kontingent, das keine menschlichen Verluste zu beklagen hatte, trat Anfang September 1951 an Bord des US-Truppentransporters „General McRae“ die Rückkehr in die Heimat an. „Im Gegensatz zur Hinreise war dies eine regelrechte Kreuzfahrt“, lacht der Kriegsveteran. Als sich die angenehme Schifffahrt am 2. Oktober 1951 in Rotterdam dem Ende zuneigte, wurden die Soldaten mit einem Bus nach Luxemburg gebracht. Bei ihrer Ankunft im Kasernenhof auf dem Heilig-Geist-Plateau wurden sie von ihren Familienangehörigen erwartet.

„Ich stieg in den Wagen meiner Eltern und fuhr mit ihnen nach Hause: Das war's! Eine offizielle Begrüßungszeremonie war für uns nicht vorgesehen. Von der Armeeführung war an jenem Abend niemand anzutreffen“, bedauert Wagener. Anwesend war lediglich ein sogenannter „officier payeur“, der den Soldaten, die knapp bei Kasse waren, ihren ausstehenden Sold auszahlte.

Zwei Todesopfer auf luxemburgischer Seite

Das zweite luxemburgische Kontingent, das von Rodolphe Luty kommandiert wurde, brach im März 1952 nach

Fortsetzung siehe Seite 21

Der Verlauf des Koreakrieges

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Kapitulation Japans im Jahr 1945, das Korea völkerrechtswidrig besetzt hatte, war die Halbinsel in zwei Teile gespalten. Im Norden herrschte ein von China und der damaligen Sowjetunion gestütztes Regime. Im Süden kam es zu einer von den USA gelenkten Demokratie.

Fünf Jahre später, nach dem heimtückischen Angriff auf Südkorea am 25. Juni 1950, gelang es den kommunistischen Truppen im Eilmarsch die schwache südkoreanische Armee – einschließlich der dort stationierten spärlichen US-Befreiungstruppen – bis auf den südlichen Brückenkopf, dem sogenannten „Perimeter“ um die Hafenstadt Pusan, zurückzudrängen. Von dort aus setzte dann unter dem US-Oberkommandierenden der Pazifikstreitkräfte, General MacArthur, der Gegenangriff an.

Nachdem US-Präsident Truman die Verurteilung der Aggression durch die UNO erreicht hatte, erteilte er der US-Armee den Auftrag zum Rückschlag. 15 weitere UN-Staaten schlossen sich dem an, darunter auch Luxemburg, das zwei Kontingente mit insgesamt 85 Mann stellte.

Gemeinsam mit all diesen Einsatzkräften gelang es den UN-Einheiten die nordkoreanischen Invasoren nicht nur auf ihre Ausgangsposition zurückzudrängen, sondern praktisch ganz Nordkorea bis zum Grenzfluss mit China, dem Yalu, zu besetzen.

Angesichts der verheerenden Niederlage eilte China mit Hunderttausenden „Freiwilligen“ den unterlegenen Nordkoreanern zu Hilfe.

Als dann, aufgrund der nunmehr zahlenmäßig kommunistischen Übermacht, General MacArthur freie Hand forderte, um die chinesischen Stellungen im Hinterland zu bombardieren und gegebenenfalls die Atomwaffe zu nutzen, wollte Truman wegen der Gefahr eines Dritten Weltkrieges den Einsatz nicht verantworten. Er berief MacArthur ab und ersetzte ihn durch General Ridgeway.

Die UN-Truppen wurden anschließend wieder auf die frühere Demarkationslinie zurückgedrängt, wo es beiderseits zum verlustreichen Stellungskrieg kam, bis beide Kontrahenten schließlich einsahen, dass dieser Krieg nicht zu gewinnen war. Daraufhin kam es zu Verhandlungen, die in Pnmunjom am 27. Juli 1953 zum prekären Waffenstillstand führten.

In den folgenden Jahren befanden sich beide Nato-Staaten im latenten Kriegszustand. Erst Ende April 2018 hat Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un auf einem historischen Gipfel mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In einen vollständigen Abbau seines Atomwaffenprogramms und ein Ende der Feindseligkeiten gegenüber Südkorea versprochen.

Wisou mat Péng liewen ?

**RÉCKWÉI ARTHROSE RHEUMA STRESS
BANDSCHEIWENVIRFALL FIBROMYALGIE**



Entdeckt d'Andullatiouns Apparater, scho benotzt vun
méi wei 1800 Lëtzebuerger fir manner Péng zu hunn.



Medezinesch zertifizierten
Apparat demonstrièreiert
Wierksamkeet vun
manner Péng.

 Frot ären Kaddo reservéiert fir
Memberen vun der Fonction Publique.



Des Massage Technologie reagiert 100 % natierlech bei der lénnerung vun Péng bei Gelenk- an Muskelwéi.

**Méi Infoen um
28 86 84-1 oder
op hhp.lu**

*Natürlich
Schmerzfrei*
hhp



snaidero
CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN** Store
204, Route d'Arlon
L-8010 Strassen
Tél. (+352) 26 11 98 50
www.kitchenstoreluxembourg.com



Cuisine Vision
designée par Pininfarina...

**Notre métier c'est de faire
entrer l'art dans votre cuisine.**

Die Schrecken des vergessenen Krieges



Das schwierige Gelände in Korea machte den Frontsoldaten sehr zu schaffen.

Fortsetzung von Seite 19

Korea auf. Anders als noch beim vorigen Kontingent, wurden die Soldaten dieses Mal nicht per Schiff, sondern vom belgischen Militärflugplatz Melsbroek aus in das Kriegsgebiet eingeflogen. Sechs Soldaten, die bereits mit dem ersten Kontingent in den Krieg gezogen waren, hatten den Wunsch geäußert, ihren Einsatz zu verlängern.

Zwei von ihnen sahen die Heimat nicht mehr lebend wieder. Caporal Roger Stutz, der zum Fahrer des Bataillonchefs befördert worden war, wurde am 22. August 1952 bei Chokko-Ri Opfer eines Artilleriebeschusses. Sergeant Robert Mores, der am 26. September 1952 versucht hatte, während einer Bombardierung Menschen aus einem benachbarten Bunker in Sicherheit zu bringen, erlitt tödliche Splitterverletzungen. Beide Todesopfer wurden zunächst auf dem UN-Militärflughafen in Pusan begraben. Erst im Jahr 1953 wurden ihre sterblichen Überreste nach Luxemburg überführt.

Nach drei Kriegsjahren, die auf beiden Seiten Zehntausende Menschenleben gefordert hatten, schwiegen endlich die Waffen in Korea. Nach zweijährigen Verhandlungen unterzeichneten Nordkoreaner und UN-Bevollmächtigte am 27. Juli 1953 das Waffenstillstandsabkommen. Der Vertrag schreibt unter anderem die Einrichtung einer 241 Km langen und 4 Km breiten entmilitarisierten Zone als Puffer zwischen Nord- und Südkorea fest. Die Pufferzone ist gespickt mit Millionen von Landminen und wird von Kampftruppen beider Seiten regelmäßig patrouilliert.

Nach dem Koreakrieg begann für Joseph Wagener ein neuer Lebensabschnitt. Zunächst gönnte er sich einen mehrwöchigen Urlaub. Danach übernahm der angesehene Leutnant das Kommando über diverse Armeeeinheiten. Bei der Frage, ob er es je bereut habe, sich freiwillig für Korea gemeldet zu haben, gerät der Veteran etwas ins Grübeln. Nach einigem Zögern macht er ein Geständnis: „Mir tut es leid, dass der Wagemut und die Verdienste für unseren Korea-Einsatz nie gebührend anerkannt wurden. Die Entwicklung meiner späteren Berufskarriere verlief bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nur schleppend“, lautet sein Fazit.

Zwar habe ihm der damalige Armeeminister Joseph Bech nach seiner Rückkehr aus Korea einen begehrten Posten bei der NATO im Ausland angeboten. „Hätte ich mich darauf eingelassen, hätte ich eine interessantere Karriere hingelegt“, so Wagener. Dennoch schlug er das Angebot ab: „Ich hatte meiner Mutter bereits zuvor durch den Einsatz in Korea so viel Kummer bereitet. Ein weiterer Aufenthalt im Ausland hätte die Frau in den Tod getrieben.“ Rückblickend hätte er sich einen Aufschub bei der ihm angebotenen Stelle gewünscht.

„Wie ein Held empfangen“

Wagener entschied sich, seine Berufskarriere in der luxemburgischen Armee fortzusetzen. Nach und nach avancierte er zum Kompanie- und Bataillonchef. Bis zu 800 Soldaten waren ihm unterstellt. Zudem wurde er zum Chef der „Ecole des candidats gradés“ ernannt und zum Colonel befördert. Am Ende seiner militärischen Laufbahn leitete er die „Garde grand-ducale“, die im Jahr 1966 aufgelöst wurde. Zum Schluss seines Berufslebens war er Verbindungsoffizier bei der NATO in Brüssel.

Derzeit sind noch acht luxemburgische Veteranen aus dem Koreakrieg am Leben, drei von ihnen haben in Kanada eine neue Heimat gefunden. 66 Jahre nach seiner Rückkehr aus Korea ist Joseph Wagener immer noch stolz darauf, den UN-Truppen in Korea gedient zu haben. Der von 1950 bis 1953 dauernde Koreakrieg wird oft als der „vergessene Krieg“ bezeichnet. Viele Beteiligte hätten darunter gelitten, so Wagener.

Sein ganzes Leben setzte er sich mit viel persönlichem Engagement für gute Beziehungen zwischen Luxemburg und



Gruppenbild auf dem Truppentransporter „Kamina“: Robert Muller, Joseph Wagener, Louis Peters, Gauthier Steffen, Jean Stoffel, Alain Frank (v.l.n.r.)



Soldaten im Kriegseinsatz mit dem Centurion-Panzer am Fluss Imjin. (Die Fotos stammen aus dem Buch „Krieg im Land der Morgenstille“ von Armand Blau.)

Südkorea ein. Dabei ging es ihm vorwiegend darum, die Erinnerung an den Koreakrieg wachzuhalten. Nach dem Kriegsende war er auf Einladung der Regierung in Seoul unzählige Male in Südkorea, zuletzt im Jahr 2016. Zweimal wurde der Ex-Kommandant zusammen mit anderen Kriegsveteranen vom steinreichen und einflussreichen Sektengründer Sun Myung Moon bei Empfängen in dessen Palast hofiert. „Mein Portemonnaie habe ich bei diesen Anlässen nicht angefasst“, schmunzelt Wagener. In Südkorea werde man als

Kriegsveteran stets wie ein Held empfangen.

Dies im Gegensatz zu Luxemburg, wo die Verdienste der einheimischen Korea-Truppe bedauerlicherweise in Vergessenheit gerieten, obschon die Soldaten fern der Heimat Kopf und Kragen im Interesse Luxemburgs riskiert hatten, zum Erhalt dessen solidarischen Stellung in der freien Welt. Mit ihrem Einsatz in Korea machten sie ihrem Land alle Ehre, gewissermaßen als Vorreiter des heutigen „Nation Branding“

Max Lemmer

Webnews

Immer bestens informiert: www.cgfp.lu

Ihre Treppe
leicht hinauf
und leicht
hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und
den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und
Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu



Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

AWIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu



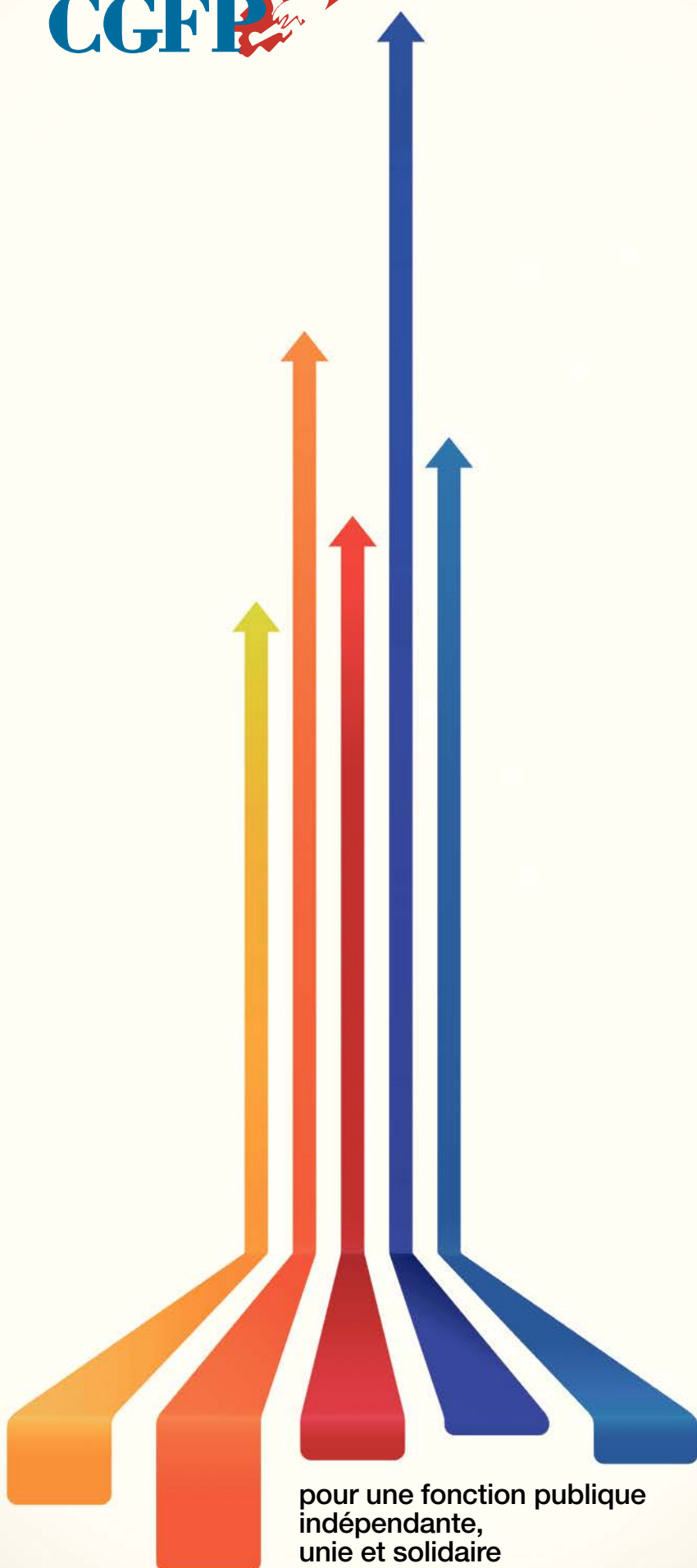
19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87



e-mail : wietor@internet.lu



CGFP



pour une fonction publique
indépendante,
unie et solidaire

MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- ☒ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☒ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☒ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☒ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☒ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



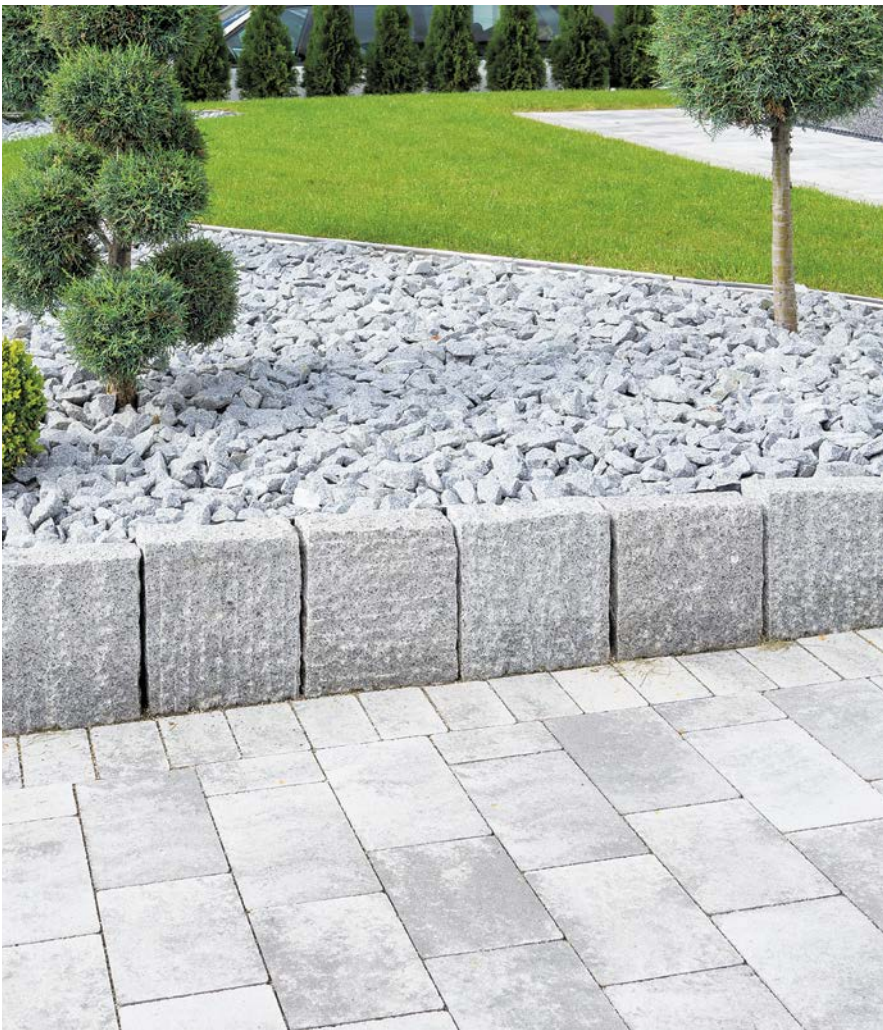
EUROPEAN
PRIVATE BANKERS



fonction
publique

SPÉCIAL Outdoor

Neueste Trends für Wände und Böden machen jeden Garten zur gesunden Ruheoase



Oft nutzen wir den Garten als Entschleunigungs- oase. Neben hochwertigen Böden auf Terrassen, versteckten Steinwegen im Garten oder umrandeten Gartenhecken und Hochbeeten sorgen durchdachte Beleuchtungskonzepte sowie intelligente Be- und Entwässerungssysteme für besondere Wohlfühlmomente.

Auf die Wahl der passenden Produkte und Materialien kommt es an.

Um im Garten Ruhe und Entspannung zu finden, sollte dieser möglichst viel Komfort bieten und wenig Arbeit bereiten. Neben Größe und Form des Gartens sollte man nicht die Beschaffenheit des Bodens außer Acht lassen.

Je nachdem, ob es sich um einen Nassbereich oder eine Garageneinfahrt mit PKW-Befahrung handelt, müssen die Bodenflächen unterschiedliche Anforderungen erfüllen. Eine Vielzahl an ökologischen Materialien wie Basalt, Granit oder Quarzit bringen den gewünschten Effekt. Materialien mit hohem Quarzanteil verfügen über eine gute Dichte und sind besonders widerstandsfähig.

Klare Linien prägen das Bild bei der Gestaltung von Wegen und auch Terrassen. Mit den vielfältigsten Verlegearten von Bodenbelägen gestalten Bewohner ihren Garten modern oder rustikal. Vor allem die Kombination aus Groß und Klein schafft interessante Aspekte. Auch bei den Farben ist die Palette breit gefächert. Der kühle Look findet ebenso Platz wie ein mediterranes Flair in sanften und warmen Farbtönen.

Die Materialien sollen aber nicht nur optisch ansprechend, sondern auch pflegeleicht und umweltfreundlich sein. Immer mehr Leute legen Wert auf Nachhaltigkeit und ökologische Materialien. Dies betrifft auch das Segment Fliesen für Boden und Wände. Diesbezüglich sollte man günstige Fliesen und Steine meiden. Diese Länder verfügen nicht über Zertifizierungsmaßnahmen oder Kontrollmechanismen.

Auch Hochbeete lassen sich mit ökologischem Material anfertigen. Hobbygärtner greifen gerne zu verschiedenen Steinarten oder zum Naturbaustoff Holzbeton.

Neben der dekorativen Flächengestaltung mit Splitt oder Zierkies sorgt die passende Beleuchtung im Garten für Stimmung, selbst wenn es draußen schon dunkel ist.



Stern Inox Sommer Set

7-teiliges Dining Set bestehend aus:

- 1 HPL Loft-Tisch 200x100 cm
- 6x Stern Inox Stapelsessel
- Alle Gestelle aus rostfreiem Edelstahl
- Sessel bespannt mit wetterfestem Textilene

STERN
Garten- & Freizeitmöbel

2589€

1799€
Komplettes Set

WERKERS WELT
moes freres

4, op der Kopp • L-5544 Remich

Weitere Gartenmöbel in unserem Flyer auf www.moesfreres.lu

SPÉCIAL **Outdoor**

« Contern S.A. - Lëtzebuerger Beton » modernise et repositionne son offre de produits d'aménagement extérieur

« Contern S.A. - Lëtzebuerger Beton » (anciennement Chaux de Contern) est bien connu pour la fabrication de matériaux de construction tant en génie civil que pour le gros œuvre. L'entreprise s'est construite au fil du temps une solide réputation dans le secteur public, et plus particulièrement dans l'aménagement de trottoirs, de places publiques,

de traversées de villages, etc. La société a aujourd'hui l'ambition de renforcer davantage sa gamme de services pour les particuliers.

Ces deux marchés (public et privé) se différencient par les quantités commandées, les épaisseurs des produits mais aussi par leurs teintes et couleurs. Un nouveau catalogue



BoConcept Luxembourg
74 route de Longwy
L-8080 Bertrange
www.boconcept.lu

BoConcept®



vient d'être édité et reprend toute la gamme d'alentours pour les aménagements extérieurs (bordures, marches, couvertines de mur, gabions, etc.) qui servent aux entrées de garages, terrasses, paliers, chemins de jardins, etc.

Dans le secteur public, les épaisseurs varient entre 8 à 15 cm, la surface de 500 à 15.000 m². Les particuliers ont besoin d'épaisseurs et de quantités nettement moindres mais de plus de raffinement dans les teintes. C'est pourquoi Contern S.A. vient d'élaborer toute une gamme de nouveaux formats (« Linearis »

1 m x 1 m, « Landscape », « Varia » ... en 8 et en 6 cm) et de teintes exclusives avec des couleurs naturelles (flammées ou lénifiées, ... aspect « terre »).

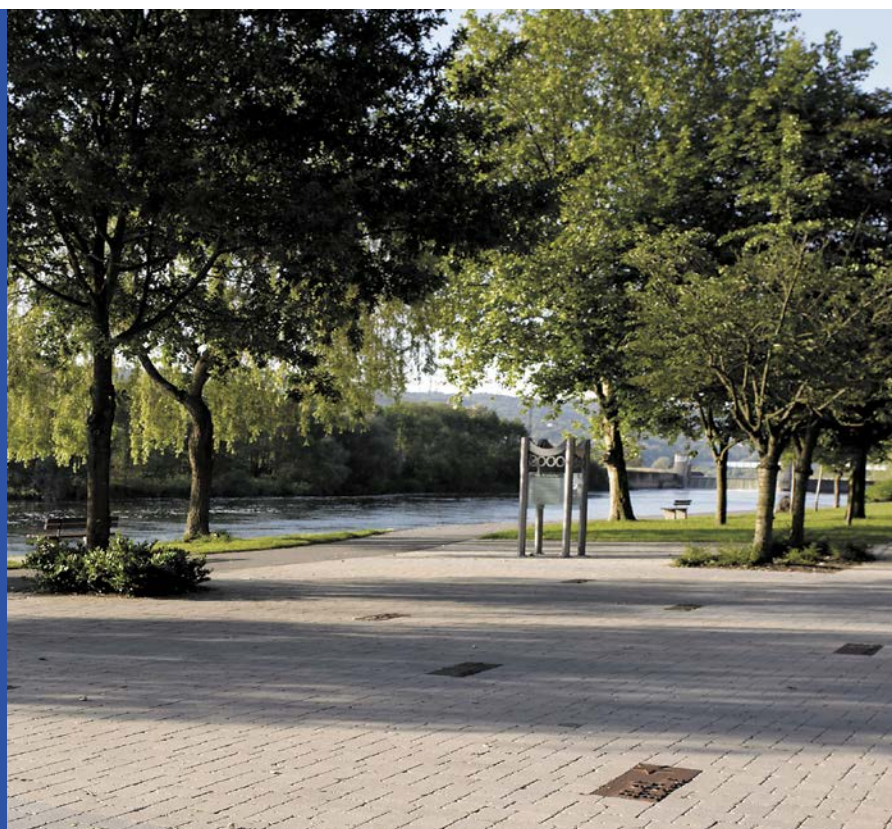
Les communes du pays ne sont pas en reste puisque de nouvelles possibilités s'ouvrent à elles et ce, de la construction d'un nouveau parking ou d'espaces « Shared Space » aux raffinements d'une entrée de mairie.

Si de nombreux clients connaissent l'entreprise de manière générale, peu savent que son savoir-faire répond aussi régulièrement aux demandes spécifiques des architectes et maîtres d'ouvrages. Les exemples sont nombreux mais on retiendra l'igloo en béton pour une plaine de jeu, la réplique du plan du XIX^e siècle de la ville d'Hesperange sur une dalle de 2 m sur 1 m et les reproductions de pierres naturelles d'Italie qui ornent le parvis du Grand Théâtre.

Faites confiance à Contern S.A., une entreprise locale, ancrée dans les tissus de la construction régionale et de l'économie luxembourgeoise.

CONTERN[®]
Lëtzebuerger Beton

**Innovativ
a staark an
d'Zukunft**



contern.com

SPÉCIALOutdoor

Grillen und Kochen im Freien
liegt voll im Trend

Sommerzeit ist Grillzeit. Vielen Leuten geht es längst nicht mehr nur um die reine Zubereitung von Fleisch und Co. auf dem Rost, sondern auch um das sogenannte Outdoor Living: draußen sein, schlemmen und genießen in geselliger Runde. Sobald die Temperaturen es zulassen, geht es hinaus in den Garten oder auf die Wiese.

Hier wird dann mit Leidenschaft gebrutzelt.

Ein wichtiger Punkt ist dabei die richtige Ausstattung. Denn vorbei sind die Zeiten, als nur Würstchen und Koteletts auf dem Grill landeten - der Trend geht vielmehr zu Abwechslung und echtem Genuss. Die Auswahl an Zubehör dafür ist inzwischen groß.



Il est temps de réaménager votre terrasse.
Venez découvrir notre gamme de
terrasses et de palissades en WPC.



Besonders beliebt sind beispielsweise die sogenannten Dutch Oven oder auch Feuertöpfe. Dabei handelt es sich um gusseiserne Töpfe mit Deckel, die auf den Grill oder einfach direkt in die Glut eines Lagerfeuers gestellt werden können.

Sie eignen sich sehr gut für Eintöpfe oder Braten und sogar, um Brot zu backen. Mit gusseisernen Pfannen kann man zudem Pizzen, Gemüse, Kartoffeln und andere Beilagen zubereiten.

Nicht nur ein kühles Bier schmeckt gut zu Selbstgegrilltem - auch ein frisch

gebrühter Tee oder Kaffee. Dafür wurde jetzt eine alte Technik wiederentdeckt, und zwar Perkolatoren für die beliebten Heißgetränke: Man füllt den Kanneneinsatz mit Tee oder Kaffee, gießt Wasser bis knapp unter den Einsatz hinzu und stellt die Kanne auf den Grill.

Durch den immer neu aufsteigenden Dampf, der im Kannendeckel kondensiert und zurück in das Pulver tropft, wird das Getränk mit der Zeit immer intensiver und aromatischer.

Also, raus aus der Küche, ab in die Natur!



Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST
AMBASSADEUR
RENSON AU
LUXEMBOURG



SHOWROOM
MONTAG BIS FREITAG: 9-19 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE
Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



SPÉCIAL

Outdoor

Schwimmteiche erfreuen sich zunehmender Beliebtheit



Schwimmteiche gibt es seit über 25 Jahren. Inzwischen sind sie zum Trend geworden und dieser ist nicht mehr aufzuhalten. Schwimm- oder auch Badeteiche sind in ihrer Definition künstliche, in sich abgeschlossene Ökosysteme, in denen die Aufbereitung des Wassers ganz oder teilweise biologisch erfolgt.

Sie bestehen aus dem Regenerations- oder Aufbereitungsbereich und dem Schwimmbereich. Wie das Wort schon sagt, dient der Schwimmbereich dem Schwimmen und Planschen, also der Nutzung.

Der Regenerationsbereich ist von dem Schwimmbereich abgegrenzt und dient der Reinigung und der Aufbereitung des Wassers und ist Standort für die Pflanzen, Tiere und Amphibien. Die Aufbereitung und Reinigung des Wassers erfolgt

durch biologische, chemische und physikalische Prozesse auf natürliche Weise ohne den Zusatz von Chemie. Mittlerweile werden Schwimmteiche in verschiedene Typen eingeteilt. Dabei ist vom Einkammersystem ohne Technik bis zum Mehrkammersystem mit komplett ausgelagertem, gezielt durchströmtem Aufbereitungsbereich das ganze Spektrum vorhanden.

Ein Schwimmteich sollte mindestens eine Oberfläche von 50 m² haben, wobei davon mindestens 30% Aufbereitungs- bzw. Regenerationsbereich sein sollen. Je kleiner der Regenerationsbereich ist, desto höher ist die Anforderung daran bzw. an die Technik. Was aber nicht heißen soll, dass Schwimmteiche ohne Technik schlecht oder gar nicht funktionieren.

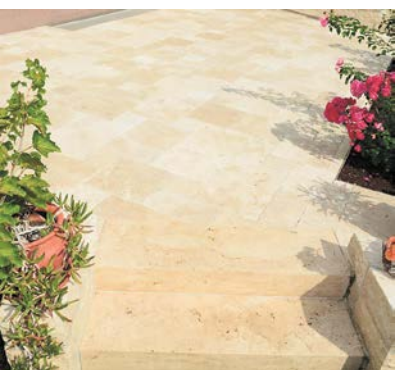
Der Schwimmteich ist ein ökologisches System und ein Blickfang für jeden Garten, an dem die gesamte Familie das ganze Jahr über Spaß hat. Neben dem Schwimmen und Planschen können das ganze Jahr über die unterschiedlichsten Pflanzen, Tiere und Amphibien in ihren jeweiligen Entwicklungsstadien beobachtet werden.

Les terrasses sans entretien

Govalux propose des terrasses uniques en leur genre



La saison des terrasses approche doucement et le jardin devient alors l'endroit par excellence pour la détente. Nous préconisons des matériaux pour terrasses qui tiennent compte du développement écologique et durable. Nos planches de terrasses sont fabriquées à base de déchets en plastique recyclé, en béton recyclable ou en pierres naturelles, qui ne demandent pas d'entretien particulier. Avant de remplacer votre terrasse actuelle, nous vous proposons un rendez-vous sur place pour analyser la situation. Pour les terrasses en bois, en dalles de béton et en pierres naturelles, nous offrons également un service d'entretien avec des produits 100 % biodégradables.



Govalux vous propose un rendez-vous sur place pour analyser la situation



20, rue de Rollingen
L-7475 Schoos
Tél. 26 32 00 89
info@govalux.lu / www.govalux.lu



MAITRISEZ LA LUMIÈRE

DISTRA'SUN une conception aluminium innovante de brise soleil à lames orientables radio motorisées. Étanchéité optimisée 100 % pour prolonger vos soirées en toute quiétude. Solution idéale pour agrandir votre espace de 7 mètres par 4,5 mètres par module. Équilibre parfait entre technologie et design sur 2 ou 4 poteaux. Protégez-vous quel que soit le temps même en cas de rafale de vent (testée à plus de 200 km/h).

Gamme d'accessoires uniques et performants :

- \\ Store zippé vertical motorisable radio.
- \\ Brise vue fixe ou coulissant aluminium avec des modèles design.
- \\ Rideau de verre fixe ou coulissant
- \\ Chauffage infrarouge
- \\ Capteurs / pluie / vent / température
- \\ Éclairage par LED neutres sur dimmer

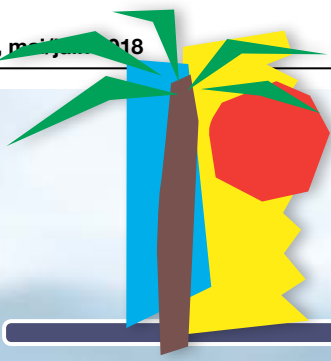
GRÂCE À DITRA'SUN
LES SAISONS N'ONT
PLUS D'INFLUENCE
SUR VOTRE QUOTIDIEN

ALZINGEN
586, route de Thionville
Tél.: 36 00 36 - 1

MERSCH
4, allée John W. Leonard
Tél.: 26 32 31 - 1

info@hoffmanns.lu
www.hoffmanns.lu

HOFFMANN'S
BOIS BRICO JARDIN



LUX VOYAGES

Normandie und Paris Mit dem Schiff über die Seine

8-Tage-Flusskreuzfahrt: Paris - Rouen - Caudebec-en-Caux - Les Andelys - Vernon - Paris



aROSA 
Schöne Zeit

Städte waren schon immer Magnete für Denker und Macher, für kreative Köpfe und Lebenskünstler, für die Liebhaber der alten Künste und die Zukunftsvisionäre. Diese Flusskreuzfahrt gibt Ihnen die Möglichkeit, Ihre Seele für einige Zeit in diese Inspirationsquellen einzutauchen und eine der schönsten Gegenden Frankreichs zu entdecken. Startpunkt ist die beeindruckende Metropole Paris mit ihrem unbeschreiblichen Flair. Mit dem Schiff erobern Sie dann die zauberhafte Normandie mit ihren blühenden Wiesen und dichten Wäldern – fast wie einst die Wikinger. Zahlreiche Windungen und Mäander führen Sie zu den Obstwiesen in der Heimat des Calvados, zu den maleischen Weinbergen und zu den antiken Schlössern und Burgen. Historische und verträumte Städte wie Rouen oder Vernon, verleihen dieser Kreuzfahrt einen ganz besonderen Charme. Die Besichtigung des Anwesens von Claude Monet, mitsamt seines berühmten Seerosenteichs, stellt einen weiteren Höhepunkt dieser Reise dar.

Reisepreis ab 999€* / Person in der Außenkabine, inklusive

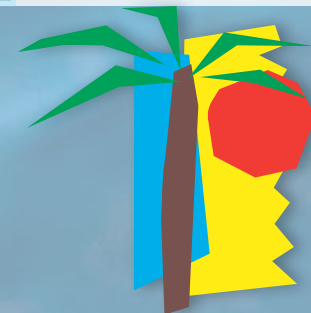
- Flusskreuzfahrt ab/bis Paris mit A-Rosa
- „Premium alles inklusive“-Paket
- VollpensionPlus mit umfangreichem Gourmet-Buffer und Life-Cooking
- Ganztags hochwertige Getränke
- Freie Nutzung der Bordeinrichtungen (SPA, Fitness, ...)
- Abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm an Bord
- Besichtigungen und Eintrittsgelder laut Programm u.v.m.

Für 2018 sind 16 Termine zwischen dem 02.06. und dem 20.10. vorgesehen.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Flusskreuzfahrt-Reisen vor.

Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 - 1 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater drüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause